



Max Planck Institute for the Study of
Religious and Ethnic Diversity

Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser
und multiethnischer Gesellschaften

MMG Working Paper 10-17-de • ISSN 2192-2357

KAREN SCHÖNWÄLDER / CHRISTIANE KOFRI
Vielfältige Gesellschaft – homogene
Parlamente? Einwanderer in den Räten von
Nordrhein-Westfalens Großstädten



Karen Schönwälder / Christiane Kofri
Vielfältige Gesellschaft – homogene Parlamente? Einwanderer in den Räten von Nordrhein-Westfalens Großstädten

MMG Working Paper 10-17-de

Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften,
Max Planck Institute for the Study of Religious and Ethnic Diversity
Göttingen

© 2010 by the author

ISSN 2192-2357 (MMG Working Papers Print)

Working Papers are the work of staff members as well as visitors to the Institute's events. The analyses and opinions presented in the papers do not reflect those of the Institute but are those of the author alone.

Download: www.mmg.mpg.de/workingpapers

MPI zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften
MPI for the Study of Religious and Ethnic Diversity, Göttingen
Hermann-Föge-Weg 11, 37073 Göttingen, Germany
Tel.: +49 (551) 4956 - 0
Fax: +49 (551) 4956 - 170

www.mmg.mpg.de

info@mmg.mpg.de

Zusammenfassung

Die Inkorporation von Menschen mit Migrationshintergrund in das politische Leben Deutschlands ist ein noch wenig erforschtes Thema. Die vorliegende Studie will dazu beitragen, die bestehenden Forschungslücken zu füllen, indem sie die politische Inkorporation von Einwanderern auf kommunaler Ebene untersucht. Gegenstand der Untersuchung ist Nordrhein-Westfalen, Deutschlands größtes Bundesland. Trotz ihres signifikanten Anteils an der Bevölkerung und den Wahlberechtigten wird in den 29 hier untersuchten Großstädten eine paritätische Repräsentation der MigrantInnen bei weitem nicht erreicht. Deutschland versteht sich zwar mittlerweile als Einwanderungsland, hinsichtlich des Zugangs zu politischem Einfluss aber unterscheiden sich MigrantInnen und nicht-MigrantInnen deutlich. Allerdings ist das Niveau der politischen Repräsentation angestiegen, wobei es markante Unterschiede zwischen den einzelnen Städten und auch zwischen den politischen Parteien gibt. Die vorliegende Studie bietet ein detailliertes Bild der aktuellen Situation und entwickelt eine Reihe Hypothesen zu den Dynamiken der politischen Partizipation und Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung Deutschlands.

Autorinnen

KAREN SCHÖNWÄLDER ist Forschungsgruppenleiterin am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften (MMG), Abteilung für soziokulturelle Vielfalt, Göttingen.

Schoenwaelder@mmg.mpg.de

CHRISTIANE KOFRI ist Politologin und Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Ihr Dissertationsvorhaben befasst sich mit der politischen Inkorporation von Migranten in deutschen Städten.

Kofri@mmg.mpg.de

Neben den Autorinnen haben weitere Personen an der Erarbeitung der hier vorgelegten Forschungsergebnisse mitgewirkt: Thorsten Walbott, Anne Kühn, Gülten Kara und Ufuk Olgun haben geholfen, Kandidatenlisten und Zeitungen auszuwerten. Sören Petermann war ein unverzichtbarer Ratgeber bei der Ausarbeitung und Analyse unserer Umfrage.

Inhalt

I.	Einleitung.....	7
II.	Der Kontext: Bevölkerungsstruktur und Wahlsystem Nordrhein-Westfalens	9
III.	Die Kommunalwahl 2009: Berichterstattung der Medien und Wahlkampf	13
IV.	Die Räte nach dem 30. August 2009: Umfang und Grundmuster der Repräsentation.....	18
	Unterschiede zwischen Städten	21
	Unterschiede zwischen den Parteien.....	22
	Institutionelle Strukturen und Interaktionen zwischen Parteien, KandidatInnen und WählerInnen	27
	Die Räte mit Migrationshintergrund	34
V.	Schlussbemerkungen	37
	Literaturverzeichnis	40
Tabellen und Graphiken		
	Bevölkerung und Wahlberechtigte in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens	12
	Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens	19
	KandidatInnen mit Migrationshintergrund für die politischen Parteien in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens.....	20
	Parteizugehörigkeit der Stadträte mit Migrationshintergrund in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens, 2009.....	24
	Nationale Herkunft der Stadträte mit Migrationshintergrund in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens, 2009.....	35

I. Einleitung

Deutschland ist ein Land, dessen Gesellschaft wesentlich von Einwanderung geprägt wurde: Diese Tatsache ist heute allgemein anerkannt. Noch wenig diskutiert wird allerdings darüber, wie diese gesellschaftliche Diversität auch das politische Leben und die politischen Institutionen verändert. Etwa die Hälfte der Migrantinnen und Migranten sind heute schon Deutsche. Fast 20 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Ihre Biographien, Erfahrungen und Anliegen sollten sich auch in den Parlamenten und Parteien wiederfinden.

In welchem Maß aber ist dies auch tatsächlich der Fall? Ist es den Einwanderern der Nachkriegsjahrzehnte gelungen, politischen Einfluss zu entwickeln und politische Machtpositionen zu erlangen? Sind sie in politische Parteien eingetreten und in Vorstände gewählt worden? Werden sie als KandidatInnen aufgestellt und in Stadträte und Parlamente gewählt?

Dieser Text untersucht solche Fragen am Beispiel des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und der Räte seiner Großstädte.¹ Eine systematische Analyse der politischen Repräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene gibt es für Deutschland bislang nicht.² Die politische Inkorporation der Einwanderer in Deutschland ist insgesamt ein noch wenig bearbeitetes Thema (vgl. aber Wüst, 2002; Wüst/Heinz, 2009; Schönwälder, 2010). Anliegen dieser Publikation ist es einmal, grundlegende Informationen über das Ausmaß der politischen Inkorporation der Einwanderer – in diesem Fall bezüglich gewählter Vertretungen in Städten – vorzustellen. Während in der internationalen Literatur häufig die „ethnischen Minderheiten“ im Fokus stehen, interessieren wir uns für die Stellung derjenigen Bewohner Deutschlands, die eingewandert oder Nachkommen von Einwanderern sind. Zwar gibt es in der Realität häufig Überschneidungen beider Gruppen, die Gründe ihrer potentiellen Unterrepräsentation aber sind nicht deckungsgleich: Während für die Stellung der Angehörigen ethnischer Minderheiten Effekte von Rassismus und Diskriminierung spezifisch sind, kommen bei Einwanderern verschiedene, mit dem Prozess der Einwanderung selbst

1 Der Rat ist das wichtigste Organ der Gemeinde und Teil der Exekutive. Gelegentlich fassen wir hier dennoch die städtischen Räte als Parlamente, um ihre Entscheidungs- und Vertretungskompetenz zu betonen. In Gebieten wie der Infrastruktur, Bildung und Kultur treffen die Räte wichtige Entscheidungen. Vgl. Wollmann, 1999, zu Kontroversen über die Einordnung der Räte.

2 Roth (2009) diskutiert die politische Partizipation von MigrantInnen auf lokaler Ebene, geht aber kaum auf die gewählten RepräsentantInnen in den Stadträten ein.

verbundene Aspekte hinzu, wie das Vertrautwerden mit einem anderen politischen System und einer politischen Kultur, aber auch die Auswirkungen transnationaler Bindungen. Es ist wünschenswert, alle diese unterschiedlichen Faktoren zu untersuchen, aber auch zwischen den Effekten des Einwanderungsprozesses und von Diskriminierung zu unterscheiden.

Zweitens wollen wir dazu beitragen, die Relevanz und Besonderheit der lokalen Ebene weiter zu klären. Den Städten oder der örtlichen Ebene im Allgemeinen wird ja immer wieder eine besondere Rolle bei der Integration von Einwanderern zugeschrieben. Immer wieder heißt es „Integration findet vor Ort statt“ (z. B. MGFFI, 2007: 25). Was genau aber bedeutet das? In der wissenschaftlichen Literatur wurde etwa die Hypothese formuliert, dass politische Integrationsprozesse von unten nach oben verlaufen, also im lokalen Kontext beginnen. So hat bezogen auf die USA Michael Jones-Correa (2001: 2) die kommunale Partizipation als „Tor zur Partizipation in der größeren nationalen Politik“ beschrieben. Diese Argumentation ähnelt der weit verbreiteten Sicht der lokalen Ebene als „Schule der Demokratie“ (z. B. Pähle, 2008: 249).

Tatsächlich erscheint es plausibel anzunehmen, dass die lokale Ebene zugänglicher für Neuankömmlinge sein könnte: Die unmittelbare Lebensumwelt sollte ihnen vertrauter sein als das Land insgesamt. Beratende Gremien wie die städtischen Ausländerbeiräte haben unter Umständen die Gelegenheit geboten, Erfahrungen mit dem politischen System und seinen Akteuren zu sammeln und so die politische Sozialisation von Neuankömmlingen in neue Rahmenbedingungen gefördert. Hinzu kommt, dass kommunale Räte sozial weniger exklusiv sind als regionale oder nationale Parlamente (Holtkamp, 2008: 137)³ und hier auch die Konkurrenz um die zu vergebenden Sitze weniger scharf ist. Nicht zuletzt wird vielfach angenommen, dass die politische Kultur in Städten liberaler ist als auf dem Land. Auch die Siedlungskonzentration der Einwanderer in Städten und die Existenz stärkerer Community-Strukturen könnten günstige Bedingungen für ihre politische Repräsentation darstellen. Treffen diese Annahmen zu, dann sollte die politische Präsenz der Einwanderer auf kommunaler Ebene schneller erreicht werden und umfangreicher sein als auf regionaler und nationaler Ebene.

3 Allerdings sind Ratsmitglieder häufig im öffentlichen Dienst tätig oder selbständig. Eine Umfrage unter 3557 Ratsmitgliedern in Baden-Württemberg im Jahr 2008 zeigte, dass über die Hälfte Abitur oder Fachabitur hatten und fast ein Drittel einen Universitätsabschluss. Nur 3,3% bezeichneten sich als Arbeiter (Witt/ Krause/ Ritter, 2009).

Die vorliegende Studie wird zeigen, inwieweit dies tatsächlich der Fall ist. Bevor wir die Zusammensetzung der Stadträte darstellen und diskutieren, werden wir zunächst im zweiten Abschnitt dieses Textes einige Informationen über die Bevölkerung und das kommunale Wahlsystem des Landes Nordrhein-Westfalen geben. Es folgt ein Kapitel, das aufzeigt, welche Rolle die Repräsentation der Einwanderer in den Medien und im Wahlkampf spielte. Im vierten Abschnitt wenden wir uns dann detailliert den Wahlergebnissen zu: Wir werden den Umfang der Repräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beschreiben und Unterschiede zwischen den Städten sowie zwischen den Parteien diskutieren. In diesem Zusammenhang werden wir auch auf die Rolle derjenigen Wählergruppen, die eine große Zahl von MigrantInnen als KandidatInnen aufstellten, eingehen. Schließlich werden wir zeigen, wer die Räte mit Migrationshintergrund sind, vor allem welche Herkunftsgruppen insbesondere vertreten sind.

Da MigrantInnen in großen Städten besonders zahlreich sind sowie aus praktischen Gründen, befasst sich unsere Studie mit den Großstädten in Nordrhein-Westfalen, also Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Wir erfassen so 8,1 der 17,9 Millionen EinwohnerInnen und 6,3 der potentiell 14,2 Millionen Wählerinnen und Wähler (IT NRW, 2009; IM NRW, 2009). Untersucht werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 30. August 2009, die wir vergleichen mit der Situation nach den vorangegangenen Kommunalwahlen im Jahr 2004.

II. Der Kontext: Bevölkerungsstruktur und Wahlsystem Nordrhein-Westfalens

Nordrhein-Westfalen ist stolz auf seine lebendige Zuwanderungsgeschichte (MGFFI, 2007). Ob das Land tatsächlich, wie gelegentlich behauptet wird, eine besonders „ausgeprägte Integrationskultur“ hat und auf eine Tradition der Offenheit gegenüber Zuwanderern zurück blicken kann (Korte, 2009: 214f.), mag dabei bezweifelt werden. Ohne Zweifel aber hat Nordrhein-Westfalen eine Geschichte umfangreicher und vielfältiger Einwanderungsbewegungen.

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland. 2008 lebten hier 22% der Einwohner der Bundesrepublik. 29 der etwa 80 deutschen Großstädte liegen in Nordrhein-Westfalen. Kein anderes Bundesland weist auch nur annähernd eine vergleichbare städtische Dichte auf. Köln ist die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf seine Hauptstadt.

Wenn heute 4,38 Millionen oder 24,5% der knapp 18 Millionen Einwohner einen Migrationshintergrund haben, so geht dies sowohl auf die Gastarbeiterrekrutierung als auch auf die spätere Einwanderung von Aussiedlern und Flüchtlingen zurück. Wesentliche Einwanderungsbewegungen erfolgten erst vor kurzer Zeit, 2,8 Millionen Menschen wurden im Ausland geboren (Statistisches Bundesamt, 2010: 40, 42, 117).⁴ Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ist in Nordrhein-Westfalen etwas höher als in der Bundesrepublik insgesamt, wo er etwa 19% beträgt, aber etwas niedriger als in den Flächenstaaten Baden-Württemberg und Hessen sowie den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin, wo er zwischen 25 und 28% liegt (eigene Berechnungen auf Basis von: Statistisches Bundesamt, 2010: 116f.). Immerhin mehr als ein Viertel von Deutschlands eingewandeter Bevölkerung lebt in Nordrhein-Westfalen, und in absoluten Zahlen leben hier mehr Einwanderer als in irgendeinem anderen Bundesland.

Etwa ein Drittel der in Deutschland ansässigen Türkeistämmigen lebt in Nordrhein-Westfalen. In Köln, Duisburg oder Dortmund ist der Anteil der Türkeistämmigen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund höher als z.B. den süddeutschen Städten München und Stuttgart. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist hier zum Teil weniger vielfältig als in anderen Regionen Deutschlands. Insgesamt allerdings gilt für die Städte Nordrhein-Westfalens – wie für Deutschland insgesamt –, dass die Siedlungskonzentration der Einwanderer weniger ausgeprägt ist als in den USA oder auch Großbritannien (vgl. Schönwälder/Söhn, 2009). Obwohl sie relativ die größte Herkunftsgruppe sind, machen die Türkeistämmigen nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus. Eine weitere große Gruppe sind die Aussiedler.⁵ Wie in Deutschland insgesamt stellen die aus anderen EU-Staaten stammenden Einwanderer einen großen Teil der Migrant*innenbevölkerung (28%; Statistisches Bundesamt, 2010: 117).

Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden Deutsche und AusländerInnen gezählt. Etwas mehr als die Hälfte der gesamten Gruppe besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit (ca. 2,4 Millionen). Das Wachstum dieser Gruppe von Einwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit ist eine Entwicklung der jüngsten Zeit, die auf die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und die Aussiedlerzuwanderung der

4 Schätzungen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund basieren in der Regel auf dem Mikrozensus. Statistiken des Landes Nordrhein-Westfalen weichen gelegentlich etwas ab, da ein anderes Konzept des Migrationshintergrundes verwendet wird.

5 Hier sind die Zahlenangaben unzuverlässig. Zwischen 1989 und 2007 kamen 656.000 AussiedlerInnen nach Nordrhein-Westfalen (MGFFI, 2009: 6).

1990er Jahre zurückgeht. Obwohl die Einbürgerungszahlen weiterhin bescheiden sind, wurde mit der Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts der Weg zur vollen politischen Inkorporation von Millionen AusländerInnen eröffnet (Worbs, 2008; Green, 2006). Von den eingebürgerten ehemaligen AusländerInnen in Nordrhein-Westfalen wurden 70.000 vor, fast 570.000 aber erst ab 1990 eingebürgert, also seitdem in mehreren Schritten die Einbürgerung erleichtert wurde (MGFFI, 2008: 101).

In Folge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und durch die ansteigende Zahl eingebürgerter MigrantInnen ist im Zuge der letzten Jahre eine zahlenmäßig relevante Gruppe wahlberechtigter Deutscher mit Migrationshintergrund entstanden. Unter den insgesamt 14,15 Millionen Wahlberechtigten bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen wird der Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund auf über zwei Millionen oder 14 bis 15% geschätzt.⁶ Dieser Anteil ist relativ hoch, weil in Kommunalwahlen auch EU-Staatsangehörige wahlberechtigt sind. Ihre Zahl wird auf 0,57 Millionen geschätzt. Hinzu kommt, dass seit 1999 in Nordrhein-Westfalen schon ab 16 gewählt werden darf. Da die eingewanderte Bevölkerung im Durchschnitt jünger ist als die nicht eingewanderte Bevölkerung, wirkt sich das niedrigere Wahlalter im Sinne einer größeren Bedeutung der Wählerschaft mit Migrationshintergrund aus.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die wahlberechtigte Bevölkerung in den untersuchten Städten. Der Anteil der potentiellen WählerInnen mit Migrationshintergrund liegt zwischen 7 und 26% (die entsprechenden Zahlen sind nur für die 23 kreisfreien Städte verfügbar). In den meisten Städten liegt deren Anteil bei 13 bis 21%. Dies schließt alle Städte mit mehr als 500.000 EinwohnerInnen ein. Wie diese Zahlen noch einmal unterstreichen, machen gerade in den großen Städten die Einwanderer einen erheblichen Teil der wahlberechtigten Bevölkerung aus. Die politischen Parteien sollten es sich nicht länger leisten können, diese Wählergruppe zu ignorieren.

Das **kommunale Wahlsystem** in Nordrhein-Westfalen basiert auf einer Kombination von Mehrheitswahl und Verhältniswahl.⁷ Die WählerInnen haben nur eine Stimme. Mit dieser Stimme wählen sie gleichzeitig eine/n DirektkandidatIn im Wahlkreis und eine Liste einer Partei oder Wählergruppe. Etwa die Hälfte der Ratsmitglieder wird direkt in den Wahlkreisen gewählt, die andere Hälfte gelangt über die Reservelisten der Parteien und Wählergruppen in den Rat. Wie viele Sitze ein

6 Diese auf dem Mikrozensus 2008 basierenden Zahlen wurden uns auf Anfrage von IT NRW zur Verfügung gestellt. Vielen Dank.

7 Die kommunalen Wahlsysteme unterscheiden sich in den Bundesländern.

Tabelle 1: Bevölkerung und Wahlberechtigte in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens

Stadt	Bevölkerung ¹	Wahlberechtigte ²	Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund, Deutsche und EU-Staatsangehörige ³	
			insges.	in % der Wahlberechtigten
Aachen	259 269	187 618	35 439	19
Bergisch Gladbach	105 901	88 273	n/a	n/a
Bielefeld	323 615	251 782	51 275	20
Bochum	378 596	298 427	44 577	15
Bonn	317 949	233 485	39 660	17
Bottrop	117 756	95 039	10 190	11
Dortmund	584 412	449 606	71 310	16
Duisburg	494 048	368 259	54 047	15
Düsseldorf	584 217	460 691	84 756	18
Essen	579 759	459 246	59 497	13
Gelsenkirchen	262 063	198 087	28 761	15
Hagen	182 459	152 513	29 152	19
Hamm	182 459	136 063	22 469	17
Herne	166 924	124 526	18 236	15
Köln	995 420	764 878	142 207	19
Krefeld	236 333	181 360	37 719	21
Leverkusen	161 322	126 769	25 770	20
Moers	106 645	84 198	n/a	n/a
Mönchengladbach	258 848	207 856	28 398	14
Mülheim an der Ruhr	168 288	134 866	11 529	9
Münster	273 875	221 698	29 096	13
Neuss	151 254	118 278	n/a	n/a
Oberhausen	215 670	167 744	12 093	7
Paderborn	144 811	113 025	n/a	n/a
Recklinghausen	120 059	96 083	n/a	n/a
Remscheid	112 679	88 442	22 890	26
Siegen	104 419	81 796	n/a	n/a
Solingen	161 779	125 691	28 345	23
Wuppertal	353 308	262 653	57 191	22

Quellen:

¹ IT NRW 2009 (Zahlen für 31.12.2008)

² IM NRW 2009

³ Hochrechnungen auf Basis des Mikrozensus 2008; die Zahlen wurden uns direkt von IT NRW zur Verfügung gestellt. Streng genommen handelt es sich hier um eine geschätzte Zahl der Bevölkerung ab 16 Jahren, und nicht um eine präzise Zahl der tatsächlich am 30.8.2009 in den jeweiligen Städten Wahlberechtigten.

Stadtrat hat, hängt von der Größe der Stadt ab.⁸ In den untersuchten Städten hatten die Stadträte 2009 54 bis 96 Sitze.

In Nordrhein-Westfalen wird mit geschlossenen Listen gewählt. Die WählerInnen können also nicht auf die Reihenfolge der KandidatInnen Einfluss nehmen; diese wird von den Parteien festgelegt. Die Wahlforscherin Pippa Norris (2004: 12) hat hervorgehoben, dass derartige geschlossene Listen den Parteifunktionären die Kontrolle darüber erlauben, wer gewählt wird und wer Karriere macht.⁹ Im vierten Abschnitt dieses Textes werden wir darauf zurück kommen, welche Auswirkungen institutionelle Strukturen des Wahlsystems auf die Chancen von Einwanderern haben.

Anders als etwa in Bundestagswahlen gibt es in Nordrhein-Westfalen bei Kommunalwahlen keine 5-Prozentklausel mehr (Korte, 2009: 22, 28).¹⁰ Dieses Fehlen von Sperrklauseln erhöht die Chancen kleiner Parteien oder Listen und neuer Gruppen, darunter MigrantInnenlisten. Da keine einheitlich festgelegte Prozhürde mehr überwunden werden muss, können weniger als ein Prozent der Stimmen heute ausreichen, um einen Sitz im Rat zu gewinnen. Tatsächlich traten 2009 eine ganze Reihe Wählergruppen zur Wahl an.

III. Die Kommunalwahl 2009: Berichterstattung der Medien und Wahlkampf

Die Nominierung von Rats- oder ParlamentskandidatInnen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland noch ein relativ neues Phänomen. In welchem Maß werden solche Kandidaturen und die Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung in der öffentlichen Debatte zum Thema gemacht? Tragen die Medien dazu bei, die KandidatInnen bekannt zu machen? Gibt es Kontroversen über die Kandidatur und Wahl von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund? Wird die Wahl von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund als eine Nachricht aufgefasst, über die berichtet werden sollte?

8 Die Größe eines Stadtrates hängt i.w. von der Bevölkerung der Stadt ab. Ein Stadtrat kann darüber hinaus entscheiden, die Zahl der Ratsmitglieder um 2, 4 oder 6 zu reduzieren. Zusätzliche Sitze ergeben sich unter Umständen durch Überhangmandate.

9 Geschlossene Listen existieren nur in wenigen Bundesländern und zwar neben NRW im Saarland und Schleswig Holstein. Ansonsten werden freie Listen und unterschiedliche Formen der Stimmenakkumulation bzw. -verteilung angewandt.

10 1999 entschied das Verfassungsgericht, dass die 5%-Hürde kleine Parteien und Gruppen benachteilige und deshalb verfassungswidrig sei.

Insgesamt kamen wir zu dem Ergebnis, dass Kommunalwahlen für die Medien kein großes Thema sind. In den regionalen Zeitungen wurden zumeist andere Themen in den Vordergrund gerückt. Die Beteiligung von Einwanderern oder auch EU-Angehörigen an der Kommunalwahl und ihre Vertretung in den Räten wurde nur selten zum Thema gemacht. Lediglich „Funkhaus Europa“, der internationale Kanal des WDR, brachte eine Serie von Berichten und Interviews zu diesem Thema. In den zwei regionalen Zeitungen, die wir detaillierter untersuchten¹¹, fanden wir in den Wochen kurz vor bzw. nach der Kommunalwahl nur einzelne einschlägige Texte. Bis auf die im Kasten angeführten Ausnahmen kann konstatiert werden, dass die Bedeutung der WählerInnen und KandidatInnen mit Migrationshintergrund fast nicht diskutiert und solche KandidatInnen der Wählerschaft auch nicht gesondert vorgestellt wurden. Dies bedeutet gleichzeitig, dass wir auch keine Beispiele negativer Berichterstattung über die Repräsentation der Einwanderer fanden.

Die türkischsprachigen Zeitungen allerdings bemühten sich, die türkeistämmigen KandidatInnen bekannt zu machen und die Wählerschaft zu mobilisieren.¹² Obwohl die Kommunalwahlen in einem der Bundesländer nicht als hervorgehobenes politisches Thema behandelt wurden, erschienen einige Artikel, die die Kandidatur türkeistämmiger PolitikerInnen bekannt machten. Die von uns ausgewerteten türkischsprachigen Zeitungen berichteten exklusiv über KandidatInnen mit türkischem Herkunftshintergrund. An Gemeinsamkeiten aller Einwanderer wurde nicht appelliert. Besondere Beachtung fanden PolitikerInnen von CDU und SPD.¹³ Die Zeitungen riefen ihre Leser auf, an den Wahlen teilzunehmen – sie riefen nicht ausdrücklich dazu auf, türkeistämmige KandidatInnen zu wählen. Typisch waren Artikel, die über eine Wahlkampfaktivität berichteten, analytische oder kommentierende Texte fanden wir nicht. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die türkischsprachigen Zeitungen in Deutschland wohl dazu beitragen, WählerInnen mit Migrationshintergrund zu mobilisieren und die KandidatInnen türkischer Herkunft bekannt zu machen.

11 Ausgewertet wurden die Duisburger Ausgabe der *Neuen Ruhr Zeitung* und die Essener Ausgabe der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 18. August bis zum 15. September 2009.

12 Ausgewertet wurden *Hürriyet* und *Sabah* komplett im Zeitraum August und September, die Monatszeitung *Haber* für August und September, *Türkiye Gazetesi* und *Milliyet* nur stichprobenartig

13 Wir fanden keine Erwähnungen von türkeistämmigen KandidatInnen der Grünen oder der FDP. *Milliyet* (27.8.2009) und *Haber* (Septemberausgabe) berichteten über Kandidaten der Linken. *Hürriyet* brachte am 27.8. außerdem Artikel zur Duisburger DAL, dem Bonner BFF und der Gelsenkirchener BIG; ansonsten aber fanden die „MigrantInnenlisten“ keine Unterstützung der türkischsprachigen Presse.

Für die politischen Parteien gilt, dass Kommunalwahlkämpfe im Wesentlichen eine lokale Angelegenheiten sind (vgl. Gehne/Holtkamp, 2002). Die finanziellen Mittel sind begrenzt. In den Städten konzentrieren die Parteien ihre Aktivitäten auf die Wahl der Oberbürgermeister. Die Existenz einer Wählerschaft mit Migrationshintergrund ist heutzutage wohl allen Parteien bewusst und wird berücksichtigt. Es werden KandidatInnen mit Migrationshintergrund aufgestellt, Materialien in türkischer und russischer Sprache publiziert und gelegentlich Anzeigen in türkischsprachigen Zeitungen aufgegeben. Dies ist eine relativ neue Entwicklung, und der Umfang der zielgruppenorientierten Aktivitäten ist noch recht begrenzt.

Der Landesverband der SPD in Nordrhein-Westfalen stellte den örtlichen Gruppen ein Standardfaltblatt in türkischer und russischer Sprache zur Verfügung. Er unterstützte außerdem ein Treffen von Lokalpolitikern mit Migrationshintergrund (Interview Tsalastras 2009).

Die CDU verließ sich im Hinblick auf zielgruppenorientierte Aktivitäten auf zwei Netzwerke, das „Deutsch-Türkische Forum“ und ein „Netzwerk für junge Deutsche aus Russland“, die Materialien heraus gaben und einzelne Veranstaltungen im Wahlkampf organisierten.¹⁴

Insgesamt lagen wohl Aktivitäten, die sich spezifisch an die eingewanderte oder aus EU-Staaten stammende Wählerschaft richteten, überwiegend in den Händen der örtlichen Parteiorganisationen oder der KandidatInnen selbst. Letztere verwendeten gelegentlich Werbematerialien in Einwanderersprachen.

Parteiübergreifende Initiativen zur Mobilisierung der Wählerschaft mit Migrationshintergrund sind in Deutschland noch kaum zu finden.¹⁵ Bislang ist die Erhöhung von deren politischer Partizipation oder Repräsentation noch nicht zu einem Thema geworden, dessen sich Organisationen oder Initiativen jenseits der Parteien selbst in größerem Maßstab annehmen.

14 „Aktivitäten des Netzwerks für junge Deutsche aus Russland in der CDU Nordrhein-Westfalen und des Deutsch-Türkischen Forums der CDU Nordrhein-Westfalen“, nicht datiert.

15 Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA) stellte eine Musterresolution zur Verfügung, in der dazu aufgerufen wurde, mehr MigrantInnen als KandidatInnen aufzustellen, vgl. www.dvv-vhs.de. Anlässlich der Wahlen im Jahr 2004 hatte der Städte- und Gemeindebund NRW eine CD in 21 EU-Sprachen verteilt, mit der EU-Staatsangehörige zur Teilnahme an den Wahlen ermuntert werden sollten, vgl. StGB, 2004. Daneben gibt es einzelne Maßnahmen der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und Bildungsangebote für Aktivisten. Uns geht es hier um große öffentliche Kampagnen.

In der Duisburger Ausgabe der *Neuen Ruhr Zeitung* wurde im Grunde nur einmal ausdrücklich über die Kandidatur von MigrantInnen berichtet und zwar im Rahmen der Vorstellung der „Duisburger Alternativen Liste“ („Die Jungen und die Zuwanderer“, 25.8.2009), einer vor allem von MigrantInnen gebildeten Formation.¹⁶ Ansonsten wurde Yulia Shevchenko als eine von mehreren neuen, jungen Ratsmitgliedern in Duisburg vorgestellt (4.9.09). Ebenso wie bei der Vorstellung einiger türkeistämmiger KandidatInnen in Duisburg wurde deren Migrationshintergrund nicht hervorgehoben („Die Grünen und die SPD“, 28.8.09; „Mehr soziale Gerechtigkeit“, 22.8.09).



In der Essener Ausgabe der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* erschienen lediglich zwei einschlägige Texte. Eine Meldung „Muslimvereinigung tritt zur Wahl an“ wies auf die Kandidatur des *Bündnis für Frieden und Freiheit* in Bonn hin (20.8.2009). Ausdrücklich der politischen Präsenz von Deutschen mit Migrationshintergrund war dann ein Artikel über die „Ratskandidaten mit Migrati-

onshintergrund“ in Essen gewidmet. Dieser wurde durch ein Foto illustriert und von einem kurzen positiven Kommentar begleitet. Tatsächlich vorgestellt wurden hier nur die türkeistämmigen KandidatInnen als *die* „fünf Kandidaten mit Migrationshintergrund“ (Tatsächlich gab es weitere KandidatInnen mit Migrationshintergrund.). Wie berichtet wurde, seien sich alle fünf einig, weder bei ihrer Kandidatur Hindernisse erfahren noch im Wahlkampf negative Erfahrungen gemacht zu haben („Wir sitzen alle im selben Boot“, 20.8.2009). Der Kommentar lobte das Engagement der MigrantInnen als wichtigen „Schritt nach vorn“ („Ein Schritt nach vorn“, 20.8.2009).

¹⁶ Ausgewertet wurden die Ausgaben vom 18.8. bis 15.9.2009.

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2009 – türkischsprachige Zeitungen



Über die Kommunalwahlen wurde in den türkischsprachigen Zeitungen berichtet, allerdings in sehr beschränktem Umfang.¹⁷ *Hürriyet* etwa berichtete auf seinen Europaseiten vor allem in der Woche unmittelbar vor dem Wahltermin. Zwischen dem 25. und dem 28. August erschienen hier neun einschlägige Artikel. Typischerweise wurden entweder türkischstämmige KandidatInnen vorgestellt oder über Besuche von Politikern z.B. in Moscheen berichtet und deren Aufrufe zur Beteiligung an der Wahl widergegeben.

Auch in *Türkiye Gazetesi*, *Sabah*, *Milliyet* und der Monatszeitung *Haber* erschienen (jeweils ein bis drei) Artikel, die auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen Bezug nahmen. Der Charakter der Artikel ist durchweg ähnlich: Unter der Überschrift „Kumru möchte Wählerstimmen“ informierte *Sabah* am 5.8.2009 darüber, dass auch Türken bei den bevorstehenden Kommunalwahlen aufgestellt seien, unter ihnen in Essen Sinan Kumru – auf dem begleitenden Foto bei Wahlkampfgesprächen zu sehen. Ähnlich berichtete *Milliyet* am 17.8.2009 darüber, dass türkeistämmige KandidatInnen für verschiedene Parteien in den Wahlkampf gingen. Wiederum wurde mit Volkan Baran (Dortmund) ein Kandidat hervorgehoben; ein Moscheebesuch und der dort angekündigte Zuschuss für die Jugendarbeit dienten als Anlass für den Bericht.



¹⁷ Ausgewertet wurden *Hürriyet* und *Sabah* komplett im Zeitraum August und September, die Monatszeitung *Haber* für August und September, *Türkiye Gazetesi* und *Milliyet* nur stichprobenartig.

IV. Die Räte nach dem 30. August 2009: Umfang und Grundmuster der Repräsentation

Auch wenn die Rolle der Einwanderer bei den Kommunalwahlen und in der lokalen Politik kein großes Medienthema war – in der Realität kam es zu merklichen Veränderungen. In der Gesamtschau der Resultate des 30. August 2009 können wir zunächst feststellen, dass in 26 der von uns untersuchten 29 Städte zumindest ein Ratsmitglied mit Migrationshintergrund gewählt wurde. Insgesamt konnten wir 79 Räte mit Migrationshintergrund identifizieren. Dies entspricht knapp 4% der 1995 gewählten Stadträte.

Als Räte mit Migrationshintergrund beschreiben wir Personen, die entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder aber Kinder von Einwanderern sind. Bei deren Identifikation konnten wir auf keinerlei offizielle Informationen über den Migrationshintergrund von KandidatInnen oder Gewählten zurück greifen, derartige Informationen werden bislang nicht erhoben. Allerdings wird in Nordrhein-Westfalen in den offiziellen Bekanntmachungen der kandidierenden Personen bzw. Listen der Geburtsort angegeben, was es uns ermöglichte, die Einwanderer der ersten Generation auszumachen. Einwanderer der zweiten Generation, also in Deutschland geborene Kinder von Einwanderern, identifizierten wir anhand von Vor- und Nachnamen, Informationen in Publikationen und auf Internetseiten und nicht zuletzt der Auskünfte der Betroffenen selbst.¹⁸

Nimmt man die 29 Großstädte zusammen, dann nahm 2009 die Zahl der Räte mit Migrationshintergrund deutlich zu. Wie in Tabelle 2 detailliert zu sehen ist, waren 2004 44 Räte mit Migrationshintergrund gewählt worden, also eine deutlich kleinere Zahl als die 79 Räte des Jahres 2009. Ein solcher ansteigender Trend ist aber nicht in allen Städten in gleicher Weise festzustellen. Acht Städte erreichten 2009 ein Niveau der Repräsentation der Einwanderer, das etwa dem schon 2004 erreichten Stand entsprach. In drei Städten gab es sogar einen Rückgang der Repräsentation. Die Zahl der Städte ohne Ratsmitglied mit Migrationshintergrund reduzierte sich aber von

18 Es war nicht praktikabel, auch den Migrationshintergrund aller Kandidatinnen und Kandidaten ähnlich genau zu überprüfen. Hier verlassen wir uns stärker auf die Namensanalyse, schlossen aber Personen aus, die zwar im Ausland geboren wurden (z. B. in den USA), deren Namen aber eine deutsche Herkunft nahe legen. Bei in Österreich und der Schweiz geborenen KandidatInnen nahmen wir allerdings einen Migrationshintergrund an. Generell beziehen sich unsere Analysen auf die am 30. August 2009 Gewählten. Im Laufe der Wahlperiode treten Ratsmitglieder zurück und andere rücken nach, derartige Veränderungen können wir nicht umfassend verfolgen.

Tabelle 2: Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens

Stadt	2004			2009			Wahlberechtigte mit Mh, Deutsche und EU-Staatsangehörige	Trend
	Sitze im Rat	Ratsmitgl. mit Mh	%	Sitze im Rat	Ratsmitgl. mit Mh	%	in % der Wahlberechtigten	2004-2009
Aachen	58	1	2	74	2	3	19	+
Bergisch-Gladbach	66	0	0	62	1	2	n/a	+
Bielefeld	60	1	2	66	3	5	20	+
Bochum	76	3	4	82	4	5	15	+
Bonn	66	1	2	80	5	6	17	+
Bottrop	58	0	0	54	1	2	11	+
Dortmund	88	1	1	96	5	5	16	+
Duisburg	74	4	5	74	8	11	15	+
Düsseldorf	82	3	4	92	6	7	18	+
Essen	82	3	4	82	3	4	13	=
Gelsenkirchen	66	0	0	66	3	5	15	+
Hagen	58	0	0	58	0	0	19	=
Hamm	58	2	3	58	4	7	17	+
Herne	66	2	3	64	3	5	15	+
Köln	90	6	7	90	6	7	19	=
Krefeld	62	0	0	58	1	2	21	+
Leverkusen	66	2	3	68	1	1	20	-
Moers	54	2	4	56	4	7	n/a	+
Mönchengladbach	76	0	0	66	0	0	14	=
Mülheim an der Ruhr	52	1	2	58	1	2	9	=
Münster	74	1	1	80	3	4	13	+
Neuss	58	0	0	62	1	2	n/a	+
Oberhausen	58	0	0	62	3	5	7	+
Paderborn	58	1	2	68	1	1	n/a	=
Recklinghausen	58	1	2	54	1	2	n/a	=
Remscheid	58	1	2	54	1	2	26	=
Siegen	62	1	2	70	0	0	n/a	-
Solingen	68	5	7	72	6	8	23	+
Wuppertal	74	2	3	69	2	3	22	=
Total	1926	44	2	1995	79	4		+

Quelle: Stadträte 2004 und 2009: MPI-IMCO Database.

acht auf drei. Aufgrund dieser ungleichmäßigen Entwicklung wäre es wohl voreilig, einen stabilen Aufwärtstrend in der Repräsentation der Einwanderer in den Räten der nordrhein-westfälischen Städte anzunehmen.

Auch unter den KandidatInnen konnten wir insgesamt eine Zunahme der Personen mit Migrationshintergrund feststellen. Bei Grünen und FDP allerdings war dieser Anstieg sehr moderat, von der CDU wurden sogar weniger KandidatInnen mit Migrationshintergrund aufgestellt als 2004. Deutlich ist das Bemühen der SPD, die Zahl der Einwanderer auf ihren Kandidatenlisten zu erhöhen, und die Linke nominierte ebenfalls mehr solcher KandidatInnen als die PDS im Jahr 2004. Während die großen Bundestagsparteien im Jahr 2004 zusammen 327 Einwanderer aufgestellt hatten, betrug deren Zahl im Jahr 2009 383. Dies entspricht einem Anstieg um 17%. Die Zahl der gewählten Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund allerdings stieg um 80% an. Offenbar erreichten die Einwanderer 2009 bessere Listenplätze oder aussichtsreichere Wahlkreiskandidaturen als fünf Jahre zuvor.

In keiner der untersuchten Städte entspricht der Anteil der Räte mit Migrationshintergrund auch nur annähernd dem Anteil dieser Bevölkerungsgruppe in der Wählerschaft oder gar der Bevölkerung (dies wird als deskriptive oder statistische Repräsentation bezeichnet). In Duisburg kommt der Anteil unter den Ratsmitgliedern mit 11% dem Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund an der Wählerschaft (15%) am nächsten. Vergleicht man den bei 4% liegenden Anteil der Einwanderer an allen Ratsmitgliedern der hier untersuchten Städte mit dem bei 14-15% liegenden Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund und der EU-Staatsangehörigen an den Wahlberechtigten, dann ist die Repräsentationslücke doch sehr deutlich.

Tabelle 3: KandidatInnen mit Migrationshintergrund für die politischen Parteien in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens

Jahr	CDU	SPD	Grüne	FDP	PDS/ Linke	Insges.
2004	55	66	67	41	98	327
%	13	16	16	10	24	79
2009	46	92	72	45	128	383
%	8	17	13	8	23	69

Quelle: MPI-IMCO Database

Unterschiede zwischen Städten

Zwischen den 29 Städten gibt es deutliche Unterschiede im Niveau der politischen Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung. Wie bereits erwähnt, haben drei Städte überhaupt keine Einwanderer in ihren Räten. Andere Städte haben ein Ratsmitglied mit Migrationshintergrund. Die höchste Zahl ist acht.

Es gibt keine offensichtliche Erklärung für diese Unterschiede. Weder die Größe der Stadt, noch der Anteil der eingewanderten Bevölkerung reicht als Erklärung aus. In den Städten, in denen die Deutschen mit Migrationshintergrund und die EU-Staatsangehörigen 20% und mehr der Wahlberechtigten ausmachen (Bielefeld, Krefeld, Leverkusen, Solingen, Wuppertal, Remscheid), gibt es einen, zwei, drei oder sechs Räte mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Türkeistämmigen oder auch allgemeiner die Präsenz großer Herkunftsgruppen in der eingewanderten Bevölkerung könnte eine mögliche Erklärung sein. Da wir für die Städte keine nach nationaler Herkunft aufgeschlüsselten Angaben zum Migrationshintergrund haben, lässt sich dies nicht genau überprüfen. Wenn wir die ausländische Bevölkerung als Indikator nehmen, zeigt sich, dass unter den Städten mit hohen Anteilen von TürkInnen in der Bevölkerung sowohl einige mit geringer Repräsentation von Einwanderern im Rat (Gelsenkirchen, Herne, Bottrop) als auch einige mit einem höheren Repräsentationsniveau sind (Duisburg, Hamm).¹⁹ Keine offensichtliche Erklärung bietet auch der Blick auf die Stärke der links der Mitte angesiedelten Parteien.²⁰

Politische Entwicklungen könnten für die Unterschiede verantwortlich sein. So ist Duisburg die Stadt, die hinsichtlich der politischen Repräsentation von Einwanderern am besten abschneidet. Hier könnte die vor kurzer Zeit geführte Debatte über einen Moscheebau, deren überwiegend konsensueller Charakter allgemein hervorgehoben wurde, eine Rolle gespielt haben. Unter Umständen wurde das Bewusstsein für Anliegen der eingewanderten Bevölkerung erhöht, diese selbst politisch mobilisiert und Eliten der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt gebracht. Duisburg ist auch die deutsche Stadt mit der relativ größten türkeistämmigen Bevölkerungsgruppe. Der Umfang einer Gruppe könnte ihre Mobilisierung begünstigen und auch für die Parteien den Kontakt zu dieser Gruppe reizvoller machen.

19 In diesen Städten stellen die TürkInnen mehr als die Hälfte der ausländischen Bevölkerung (MGFFI, 2009, Zahlen für den 31. Dez. 2007).

20 Es gibt relativ gut abschneidende Städte, in denen die CDU die stärkste Partei ist (Bonn, Düsseldorf, Solingen) und wo Grüne und Linke kaum oder gar nicht zur Repräsentation der Einwanderer beitragen (Bonn, Düsseldorf, Köln, Moers).

Auch für Solingen gilt, dass eine erhöhte Sensibilität für Präsenz und Anliegen der eingewanderten Bevölkerung sich positiv ausgewirkt haben könnte. Nach dem tödlichen Brandanschlag von 1993, der bundesweit symbolische Bedeutung für die Gefahren des Rassismus erlangte, wurden hier auch mit überregionaler Unterstützung besondere integrationspolitische Anstrengungen entwickelt. Mit einem Repräsentationsniveau von acht Prozent schneidet die Stadt relativ gut ab. Essen dagegen, das immer wieder für eine gute Integrationspolitik gelobt wird (Ireland, 2004: 63-74; Krummacher/Kulbach, 2009: 386), hat drei Einwanderer unter seinen 82 Stadträten (4%), was im Vergleich nicht schlecht, aber auch nicht auffällig gut ist. Es wird weiterer Forschungen bedürfen, um herauszufinden, welche strukturellen und politischen Bedingungen, bzw. welche Kombination solcher Faktoren, die lokalpolitischen Karrieren von Einwandern begünstigen.²¹

Unterschiede zwischen den Parteien

Die politischen Parteien tragen in sehr unterschiedlichem Maß zur Repräsentation der Einwanderer bei. Mit insgesamt 30 Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund hat die SPD die größte Zahl solcher LokalpolitikerInnen in die Räte gebracht. Dies relativiert sich allerdings, wenn man die 30 Einwanderer in Beziehung setzt zur Gesamtzahl von 633 SPD-Räten in den 29 Städten: Ihr Anteil beträgt fünf Prozent. In 16 der 29 Städte setzten sich Einwanderer für die SPD durch. In einigen Städten gibt es mehrere SPD-Stadträte mit Migrationshintergrund, so sind es drei in Duisburg und vier in Köln und in Moers. Andere große SPD-Fraktionen allerdings haben überhaupt keine Mitglieder mit Migrationshintergrund, u. a. die 32 Mitglieder starke SPD-Fraktion in Bochum, die 34 Mitglieder zählende Fraktion in Gelsenkirchen und die 31 Mitglieder starke SPD-Fraktion in Essen. In Dortmund ist ein Einwanderer unter den 37 SPD-Stadträten. Alle diese Städte haben eine starke sozialdemokratische Tradition und zahlreiche BürgerInnen mit Migrationshintergrund. Im Vergleich mit der Situation im Jahr 2004 ist aber deutlich erkennbar, dass die SPD sich

21 Christiane Kofri, eine Doktorandin am Max Planck Institut zur Erforschung multiethnischer und multireligiöser Gesellschaften, arbeitet an einer Studie zur politischen Inkorporation von Menschen mit Migrationshintergrund auf lokaler Ebene. Sie wird darin zeigen, wie unterschiedliche Grade der Repräsentation von Einwanderern in Städten mit Faktoren wie den Charakteristika der eingewanderten Bevölkerung, dem politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, Integrationspolitik, kulturellen und ökonomischen Aspekten zusammen hängen.

um eine Verbreiterung ihrer sozialen Basis bemüht. Angesichts des großen Anteils von Arbeitern in der eingewanderten Bevölkerung und des hohen Anteils gewerkschaftlich Organisierter, sollte gerade die SPD unter den Einwanderern Unterstützung mobilisieren können. Umfragen unter den Türkeistämmigen zeigen immer wieder deren große Sympathien für die SPD.²² Es sind wohl auch verhärtete interne Strukturen und ‚ererbte‘ Machtansprüche, die einer Öffnung für neue Gruppen im Weg stehen. Zum Teil bedurfte es des Schocks wiederholter Niederlagen, bevor ein gezieltes Bemühen um neue Wählergruppen, darunter die eingewanderten Deutschen, einsetzte. In Duisburg und Köln, wo die SPD vier bzw. drei MigrantInnen in die Räte brachte, hatte sie die Position des Oberbürgermeisters in den Vorjahren an die Konservativen verloren.

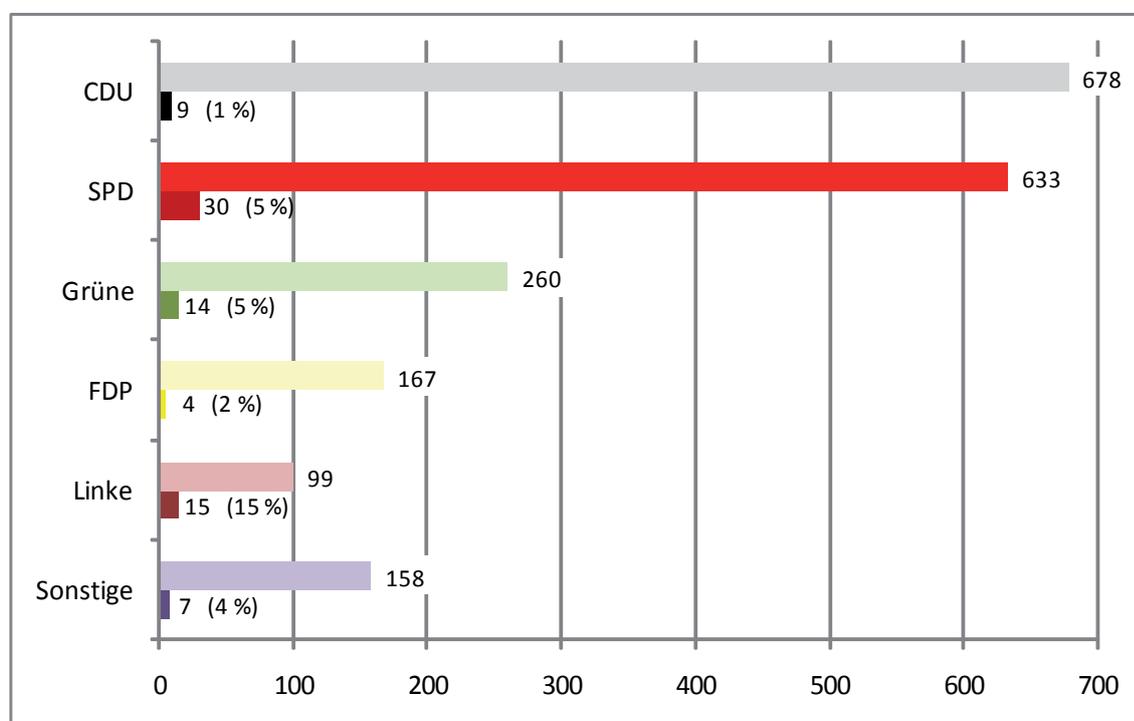
Die zweitgrößte Zahl von Einwanderern brachte die Linke in die Stadträte. Von ihren 99 Ratsmitgliedern in den 29 Großstädten haben 15 einen Migrationshintergrund. Mit Sitzen in 13 verschiedenen Städten sind sie relativ weit verteilt. Wie das Schaubild verdeutlicht, hat die Linke, die ja 2009 erstmals unter diesem Namen antrat, einen großen Anteil an der erhöhten politischen Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung. 19% aller Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund wurden für die Linke gewählt. Auch die Analyse der Kandidatenlisten zeigt, dass die Linke eine beträchtliche Zahl von MigrantInnen mobilisieren konnte, 128 solche KandidatInnen fanden wir auf ihren Listen. Offenbar erweist sich diese junge Partei als besonders offen für politisch ambitionierte Einwanderer und ist für die links orientierten unter ihnen besonders attraktiv. Kurdinnen und Kurden sollen z. B. hier besonders stark vertreten sein. Die im Juni 2007 als Zusammenschluss von PDS und der in Nordrhein-Westfalen starken WASG gegründete Linke konnte unter anderem SozialdemokratInnen anziehen, die sich aufgrund einer als zutiefst ungerecht empfundenen Sozialpolitik von der SPD abwandten (Schoen/Falter, 2005). Auch und vielleicht in besonderem Maß auf Einwanderer könnte dies zutreffen.

Die Grünen, die auf regionaler und nationaler Ebene eine herausragende Rolle für die politische Repräsentation von Einwanderern spielen, erreichten in den Großstädten Nordrhein-Westfalens 14 Ratssitze für Menschen mit Migrationshintergrund. Neun der 29 Fraktionen der Grünen haben Mitglieder mit Migrationshintergrund, 5% ihrer Sitze werden von Einwanderern eingenommen. Eine fehlende Repräsentanz

22 In einer Umfrage, die das Zentrum für Türkeistudien im Juni 2009 unter Türkeistämmigen (türkischer und deutscher Staatsangehörigkeit) in NRW durchführte, erklärten 40% eine Präferenz für die SPD und nur 4% für die CDU, während 19% erklärten, die Grünen wählen zu wollen (Sauer, 2009: 170).

von Einwanderern überrascht besonders in Städten mit starken Grünen Fraktionen, wie Köln und Düsseldorf, wo die Grünen 20 bzw. 14 Sitze gewinnen konnten. Von 2004 bis 2009 wuchs der Pool der KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf Listen der Grünen nur geringfügig an. Um dieses Bild zu erklären, sind detailliertere lokale Studien erforderlich. Unter Umständen gibt es aufgrund der durch Arbeiterschichten geprägten sozialen Struktur der eingewanderten Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen hier weniger Affinität zur Grünen Politik mit ihrem libertären und ökologischen Profil als in anderen Regionen.

Grafik 1: Parteizugehörigkeit der Stadträte mit Migrationshintergrund in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens, 2009



Quelle: MPI-IMCO Database

Auch die Konservativen und die Liberalen haben MigrantInnen in den Reihen ihrer Ratsmitglieder. Von den 79 Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund repräsentieren neun die CDU. Diese Zahl erscheint besonders gering, wenn man sie an der Gesamtzahl der von der CDU erreichten Mandate misst. In den 29 Städten ist die CDU mit 678 Sitzen die stärkste Partei, nur 1% der Sitze gingen an Einwanderer.

Die Liberalen waren ähnlich wenig erfolgreich im Hinblick auf die Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung. In drei Städten wurden vier Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund für die FDP gewählt. Dies entspricht 2% der 167 FDP-Sitze und 5% aller Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund.

Die Gründe für die geringe Präsenz von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund bei FDP und CDU dürften unterschiedlich sein. Die moderate Migrationspolitik der FDP sollte kein Grund für eine Distanz von Einwanderern gegenüber dieser Partei sein. Hier dürfte entscheidend sein, dass die FDP als Vertreter der besser gestellten Freiberufler und einer marktliberalen Politik gesehen wird und diese Positionen unter MigrantInnen weniger populär sind. Für die Christlichen Demokraten gilt wohl weiterhin, dass ihr christlich-religiöses Profil und ihre über Jahrzehnte hinweg restriktiven Positionen in der Migrations- wie der Staatsangehörigkeitspolitik ihre Anziehungskraft unter Einwanderern einschränken. Allerdings gelten die Aussiedler als eher konservativ eingestellt. Bislang findet dies noch keinen Ausdruck in einer großen Zahl von CDU-Stadträten mit Aussiedlergeschichte. Die – wenn auch geringe – Zahl von CDU-KandidatInnen mit Migrationshintergrund verweist gleichzeitig darauf, dass die Verfügbarkeit einsatzwilliger Persönlichkeiten und die Fähigkeit der CDU, Einwanderer für sich einzunehmen, nicht der entscheidende Engpass sein mögen.²³ Da es eine gewisse Zahl von KandidatInnen gibt, liegen entscheidende Hindernisse einer größeren Repräsentanz von Einwanderern unter CDU-Stadträten wohl auch in den Barrieren innerhalb der Partei, die es verhindern, dass die KandidatInnen sich durchsetzen können.

Abgesehen vom Standardweg über die politischen Parteien gelangten einige Einwanderer über unabhängige Listen in die Räte. Solche unabhängigen Wählergruppen hatten vor der Kommunalwahl eine gewisse Aufmerksamkeit in der Presse auf sich gezogen, wo sie als Einwanderer- oder Moslemlisten beschrieben wurden (vgl. z. B. Zeit online, 28.8.2009: „Türkischstämmige Kölner wollen mitmischen“; Der Tagesspiegel, 31.8.2009: „Muslimenvereinigung holt Sitz in NRW“). Nun sind unabhängige Listen bei Kommunalwahlen keineswegs neu oder bemerkenswert. Die Kandidatur von MigrantInnen auf solchen Listen aber erregte vor dem Hintergrund der Debatten über angebliche Separierungstendenzen der Einwanderer vom deutschen Mainstream eine gewisse Nervosität. Keine dieser Gruppen präsentierte sich allerdings – etwa durch ihren Namen – als Nationalitäten- oder Einwandererliste.

²³ Im Prinzip ist es sicher auch denkbar, dass nicht alle KandidatInnen auch bereit wären Ratsmitglieder zu werden, die Barrieren also auch bei den Individuen liegen. Bislang gibt es hierzu keine Befragungen.



In vier der 29 Großstädte wurden Personen mit Migrationshintergrund auf unabhängigen Listen in die Räte gewählt. Zwei der drei Räte mit Migrationshintergrund in Gelsenkirchen gehören zur BI Gelsenkirchen; in Bonn repräsentieren zwei der vier Räte mit Migrationshintergrund das „Bündnis für Frieden und Fairness“ BFF.²⁴ Beide Listen stellten vor allem Personen mit Migrationshintergrund auf. Zwei weitere Stadträte wurden für unabhängige Wählergemeinschaften gewählt, in denen MigrantInnen nicht auffällig stark vertreten sind (SOZIAL in Bochum, „Unabhängige Wählergemeinschaft für Düsseldorf (Freie Wähler)). Einige weitere Listen, die jeweils

hauptsächlich Einwanderer aufgestellt hatten, waren nicht erfolgreich (ABI Köln, DAL Duisburg, IWI Recklinghausen, BUND Bochum). Weiterhin gab es einige gemischte Listen, auf denen viele Menschen mit Migrationshintergrund kandidierten („Europäische Liste Aachen“, „Essen steht auf“).

Trotz all dieser Listen gibt es keine massenhafte Bewegung von Einwanderern hin zu politischen Formationen jenseits der etablierten Parteien. Deren Existenz signalisiert vor allem, dass es einen Pool von Aktivisten mit Migrationshintergrund gibt, die sich von den etablierten politischen Parteien nicht vertreten fühlen oder dort keine Entwicklungsmöglichkeiten sehen. In Gelsenkirchen traten 32 KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf der BIG-Liste an und nur elf für die fünf großen Parteien. In Bonn nominierte das BFF 31 KandidatInnen mit Migrationshintergrund, während die fünf Bundestagsparteien nur zehn solcher KandidatInnen aufstellten. In diesen beiden Städten waren die neuen Gruppen erfolgreich. In Recklinghausen traten 26 der insgesamt 32 Kandidatinnen mit Migrationshintergrund für die „Interkulturelle Wählerinitiative“ IWI an. Von 2004 bis 2009 hat die Zahl der unabhängigen Listen, auf denen vor allem Menschen mit Migrationshintergrund antreten,

24 Der Spitzenkandidat der BFF, Haluk Yildiz, trat 2010 auch bei den Landtagswahlen an und zwar mit dem neuen „*Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit*“, vgl. www.derwesten.de, 28. April 2010.

zugenommen. Es bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Jahren die großen politischen Parteien diesen Pool engagierter Einwanderer für sich gewinnen werden oder ob die unabhängigen Listen sich als Teil des städtischen politischen Lebens etablieren und mehr WählerInnen für sich gewinnen werden. 2009 war die BIG Gelsenkirchen mit 3,7% der Stimmen die erfolgreichste dieser Listen. Andere „Einwanderer“-Listen erreichten nur einige Hundert Stimmen (139 für ABI Köln, 428 für IWI Recklinghausen). Offenbar sind noch nicht viele WählerInnen der Ansicht, dass sie durch spezifische Einwandererlisten besser vertreten würden. Bislang sind die neuen Listen vor allem aufgrund der beachtlichen Zahl von KandidatInnen, die sie mobilisieren können, bemerkenswert und nicht aufgrund der Zahl ihrer WählerInnen.

Institutionelle Strukturen und Interaktionen zwischen Parteien, KandidatInnen und WählerInnen

In der Wahlforschung sind die institutionellen Strukturen der Wahlsysteme und ihr Einfluss auf die Chancen unterprivilegierter Gruppen ein viel diskutiertes Thema. Die Repräsentation von Frauen betreffend ist es ein allgemein akzeptierter Befund, dass Verhältniswahlsysteme, in deren Rahmen Frauen auf Kandidatenlisten antreten, ihre gleiche Repräsentation stärker fördern als Mehrheitswahlsysteme, wo sie ihre Nominierung und Wahl als einzige KandidatIn ihrer Partei durchsetzen müssen (vgl. z. B. Paxton et al., 2007).

Die Ursache hierfür wird in den unterschiedlichen Anreizen für die Parteien gesehen: Werden Kandidatenlisten aufgestellt, dann sind Parteivorstände unter Umständen daran interessiert, sie so zusammen zu stellen, dass die Vielfalt der Bevölkerung repräsentiert und so unterschiedliche Wählergruppen angesprochen werden. Sie sind deshalb eventuell bereit oder auch aktiv willens, Frauen – oder eben MigrantInnen – auf diese Liste zu setzen (Paxton et al., 2007: 269). Örtliche Parteigliederungen dagegen, die nur eine/n KandidatIn für einen Wahlkreis aufstellen, haben keinen starken Anreiz, zu einem insgesamt ausgeglichenen, die Vielfalt der Bevölkerung spiegelnden Profil der Partei in der Stadt oder der Region beizutragen (Norris, 2006: 205). Sie wollen KandidatInnen aufstellen, die den Wahlkreis gewinnen können. Gehen sie davon aus, dass die Wählerschaft auf eine Frau oder eine/n KandidatIn mit Migrationshintergrund negativ reagieren würde, verzichten sie vielleicht darauf, solche KandidatInnen zu nominieren. Für die USA ist aber auch gezeigt worden, dass unterrepräsentierte Gruppen in einem Wahlsystem mit einzelnen Wahlkreisrepräsentanten erfolgreich sein können, und zwar wenn sie stark konzentriert wohnen und einen

relevanten Teil der Bevölkerung ausmachen (Trounstine/Valdini, 2008). In diesem Fall ist ihre Anzahl entscheidend, da große, mobilisierte Gruppen ihre KandidatInnen durchsetzen und genug WählerInnen mobilisieren können.

In welchem Maß treffen solche Beobachtungen und Erwägungen in Deutschland und auf Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zu?

In Deutschland angewandte Wahlsysteme basieren in der Regel auf einer Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahl, so dass wir nicht davon ausgehen sollten, die „reine“ Wirkungslogik eines Systems hier wiederzufinden (so auch Hennl/Kaiser, 2008: 322). Die DirektkandidatInnen im Wahlkreis werden von den dortigen Parteimitgliedern aufgestellt. Für die Kandidatenlisten wird allgemein angenommen, dass sie zumindest bei SPD und CDU vor der formellen Beschlussfassung in informellen Kreisen auf Stadtebene ausgehandelt werden (Holtkamp, 2007: 154). In beiden Fällen zögern jeweils höhere Parteigremien einzugreifen, um etwa eine ausgeglichene Vertretung unterschiedlicher Gruppen durchzusetzen, da sie befürchten, dies würde Widerstand provozieren (Woyke, 2005: 107f.). So erläuterte der Landesvorstand der SPD Nordrhein-Westfalen, es sei wünschenswert, die Vielfalt der Bevölkerung in den eigenen Kandidatenlisten abzubilden, gleichzeitig liege es in der Hand der örtlichen Parteigruppen, ob „gezielt solche Kandidatinnen und Kandidaten gesucht werden“ (e-mail 13.7.2009). Ähnlich verweist auch die CDU auf die Verantwortlichkeit ihrer Kreisverbände. Die CDU Nordrhein-Westfalen sei „als Volkspartei grundsätzlich daran interessiert, dass alle relevanten sozialen Gruppen in ihren Wahlvorschlägen vertreten sind.“ Ob dies tatsächlich passiere, liege aber in der Hand der Parteimitglieder vor Ort (e-mail 19.8.2009). Auf Stadtebene allerdings könnten Parteivorstände sich darum bemühen, eine Liste zusammen zu stellen, die die Vielfalt der Bevölkerung der Stadt repräsentiert. In Duisburg setzte sich der Unterbezirksvorstand der SPD im Vorfeld der Wahlen von 2009 dafür ein, MigrantInnen (und junge Leute) auf der eigenen Kandidatenliste zu platzieren, um zu zeigen, „dass wir nicht nur über Migration reden, sondern Migranten auch beteiligen“ (Interview SPD Duisburg 2009). Stellt man aber in Rechnung, dass erfolgreiche KandidatInnen zumeist sowohl im Wahlkreis als auch auf der Reserveliste antreten, dann spielen die für den Wahlkreis zuständigen Parteigliederungen eine Schlüsselrolle. Unsere Analyse erbrachte, dass von den 79 erfolgreichen Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund nur sieben nicht in einem Wahlkreis antraten. Dies bedeutet, dass, wer immer Ratsmitglied werden möchte, sich um eine Wahlkreiskandidatur bemühen sollte – und dass ohne eine solche Wahlkreiskandidatur ein attraktiver Listenplatz kaum zu erreichen ist.

Gelegentlich mag es leicht sein, als WahlkreiskandidatIn aufgestellt zu werden, weil eine Partei Probleme hat, überhaupt genügend zur Kandidatur bereite Personen aufzutreiben. In größeren Städten aber ist es wahrscheinlicher, dass es eine Konkurrenz zumindest um die aussichtsreichen Wahlkreiskandidaturen und Listenplätze gibt. Wie andere Studien gezeigt haben, stellen örtliche Parteiorganisationen häufig KandidatInnen auf, die sich dies durch ihren harten Einsatz in der alltäglichen Parteiarbeit verdient haben (vgl. Holtkamp, 2007). Entscheidend ist demnach nicht die Attraktivität der KandidatInnen für die WählerInnen. Tatsächlich könnte für die Parteien die Fähigkeit der einzelnen KandidatInnen, Wählerstimmen auf sich zu ziehen, dann weniger wichtig sein, wenn sie davon ausgehen, dass die WählerInnen ihre Stimme in erster Linie der Partei – und nicht der KandidatIn – geben. Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo bei Kommunalwahlen nur eine Stimme abgegeben wird, die gleichzeitig für eine Partei oder Liste und die entsprechende WahlkreiskandidatIn zählt, ist dies durchaus plausibel.²⁵ Eventuelle Befürchtungen, dass die Wählerschaft negativ auf eine KandidatIn mit Migrationshintergrund reagieren könnte, wären dann weniger gewichtig. Die entscheidende Hürde für potenzielle KandidatInnen wäre dann ihre langjährige Integration in die Parteiarbeit und die Bewährung in Ämtern und alltäglicher Kleinarbeit.

Wenn wir über die Mechanismen der Kandidatenaufstellung nachdenken, ist es wichtig, auch die Unterschiede zwischen Volksparteien und kleineren Parteien zu berücksichtigen. Wahlkreismandate werden ganz überwiegend von CDU und SPD gewonnen. Für die Ratsmandate der kleineren Parteien sind die Reservelisten entscheidend. In ihnen sind die Wahlkreisnominierungen sicher weniger umkämpft, und die Parteistrukturen auf Stadtebene haben einen größeren Einfluss auf die Zusammensetzung der Ratsfraktion als die Wohngebietsgruppen.

In den von uns untersuchten Städten in Nordrhein-Westfalen vertreten alle Räte mit Migrationshintergrund, die direkt gewählt wurden, die beiden großen Parteien SPD und CDU. Bis auf zwei Ausnahmen wurden die neun CDU-Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund direkt gewählt. Hier ist es für die Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund wahrscheinlicher als für die anderen Ratsmitglieder, dass sie Wahlkreismandate haben. Dies könnte signalisieren, dass die stadtweiten Parteigliederungen noch nicht – oder nur selten – gewillt sind, ihre Fraktionen vielfältiger zu

25 Gestützt auf eine größere Umfrage im Jahr 1999 verweist Bovermann (2002: 154, 144) darauf, dass die Parteibindungen der bei weitem wichtigste Faktor für die Wahlentscheidung bei Kommunalwahlen in NRW sind. Die meisten WählerInnen kannten einzelne KandidatInnen nicht.

gestalten, indem sie MigrantInnen auf aussichtsreichen Positionen der Reserveliste platzieren.

Unter SPD-Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund wurden 16 von 30 im Wahlkreis gewählt, was nur leicht von der Relation für alle SPD-Ratsmitglieder abweicht.²⁶ Es gibt hier also keine schlüssigen Anzeichen dafür, dass Einwanderer besondere Schwierigkeiten haben, sich als WahlkreisvertreterInnen durchzusetzen. Unter den wenigen direkt gewählten Ratsmitgliedern der Grünen hat niemand einen Migrationshintergrund.²⁷

Die Mehrzahl der Einwanderer unter den Ratsmitgliedern wurde über die Reserveliste gewählt. Dies spiegelt vor allem die hohe relative Bedeutung der kleinen Parteien für die politische Repräsentation der Einwanderer.

Da die entsprechenden Statistiken nicht vorliegen²⁸, können wir weder überprüfen, ob die Parteien dazu tendieren, MigrantInnen dort aufzustellen, wo die Zahl der MigrantInnen in der Bevölkerung hoch ist, noch ob Wahlkreise, die von MigrantInnen gewonnen wurden, durchweg Wahlkreise mit umfangreichen migrantischen Wählergruppen sind. Aufgrund der geringen Siedlungskonzentration in deutschen Städten ist es kaum denkbar, dass ein/e KandidatIn von den Einwanderern in einem Wahlkreis in den Rat gewählt wird. Nur selten sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung eines Stadtteils Einwanderer. In Köln zum Beispiel liegt in elf der 86 Stadtteile der Bevölkerungsanteil derjenigen mit Migrationshintergrund über 50% (Zahlen für 2007, Stadt Köln, 2009). Allerdings sind nur etwa die Hälfte der MigrantInnen deutsche Staatsangehörige, was zur Konsequenz hat, dass wohl kein Wahlkreis in Köln mehrheitlich WählerInnen mit Migrationshintergrund (und EU-Staatsangehörigkeit) hat.²⁹ Allerdings könnte eine zusätzliche Mobilisierung von WählerInnen mit Migrationshintergrund durchaus wahlentscheidend sein. Wie die folgenden Beispiele zeigen, kann es den Parteien unter Umständen gelingen, durch die Aufstellung von

26 Gestützt auf 22 kreisfreie Städte liegt der Anteil der direkt gewählten Ratsmitglieder bei 67 bzw. 69% für CDU und SPD (IM NRW, 2009: 122).

27 In 22 kreisfreien Städten gewannen die Grünen 18 Wahlkreismandate, 11 davon in Köln.

28 Es liegen keine auf Wahlkreise bezogenen Zahlen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vor. Lediglich einzelne Städte haben entsprechende Zahlen für ihre Stadtteile vorgelegt. Dabei weichen die Zahlen leicht von auf den Mikrozensus gestützten Berechnungen ab, da die Städte für ihre Statistiken ihre Melderegister nutzen.

29 In einem Wahlkreis im Norden Kölns (no. 27), der sich aus drei Stadtteilen mit sehr hohen Migrantenanteilen zusammensetzt, stellen Deutsche mit Migrationshintergrund und EU-Staatsangehörige 42% der Bevölkerung (eigene Berechnungen basierend auf Stadt Köln, 2009). Die Stadt Köln hat keine Zahlen für Wahlkreise und Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund veröffentlicht.

KandidatInnen mit Migrationshintergrund zusätzliche Stimmen zu gewinnen. Dies ist allerdings nicht immer der Fall; die von Einwanderern erreichten Wahlergebnisse sind nicht gleichförmig.

In Köln etwa verloren die Sozialdemokraten 2009 bei den Kommunalwahlen nur in sechs Wahlkreisen keine Stimmen. In zwei der drei Wahlkreise, die für die SPD von Einwanderern gewonnen wurden, aber gewannen sie hinzu: Malik Karaman (ein in der Türkei geborener Kandidat) erzielte mit 3,9% den höchsten Zuwachs. Susana dos Santos, eine Tochter portugiesischer Migranten, vertritt den Wahlkreis mit dem besten SPD-Ergebnis aller 45 Wahlkreise (42%). In beiden Wahlkreisen haben große Teile der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (Stadt Köln, 2008, 2009).

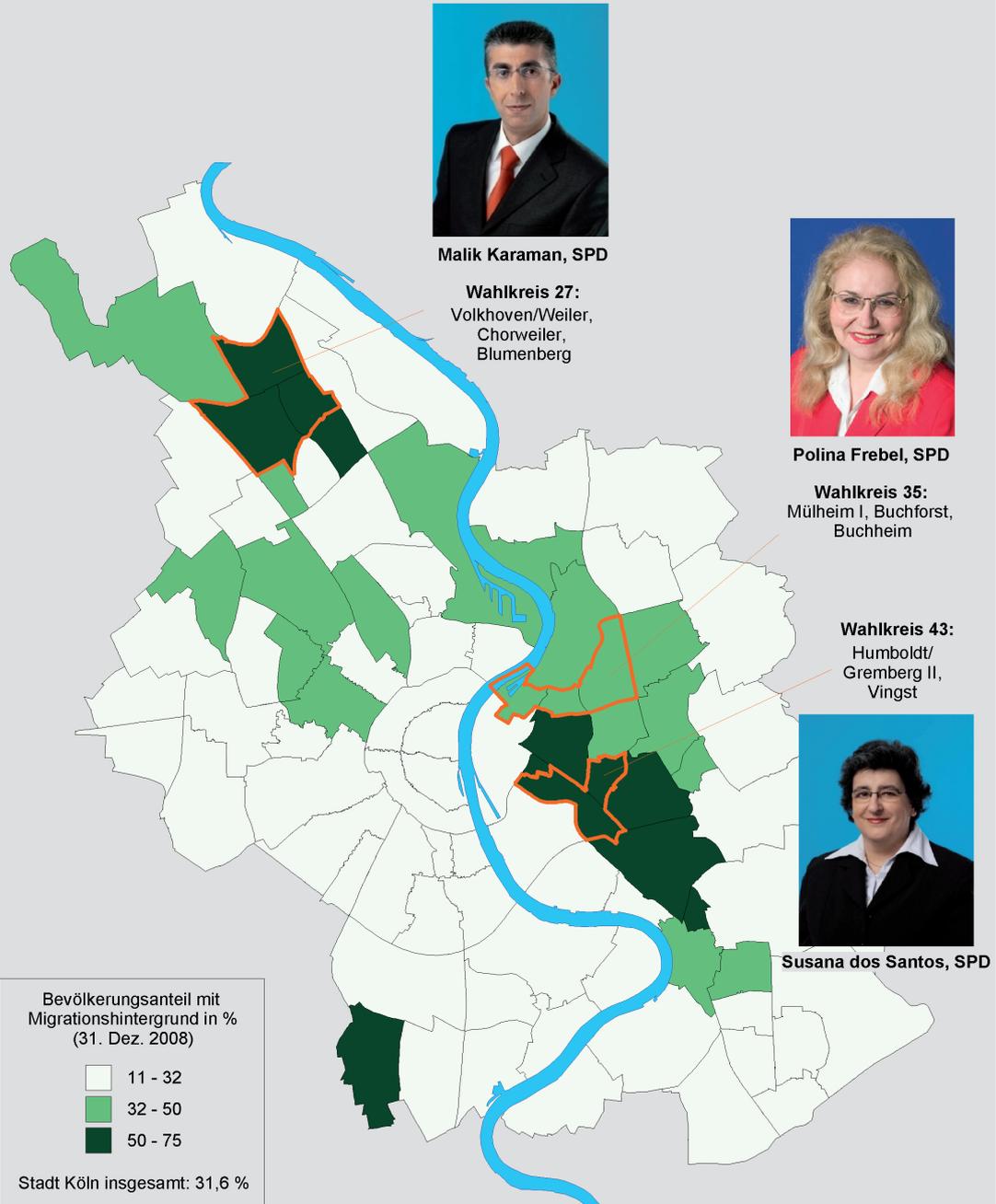
In Duisburg, wo etwa ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, wurde einer der acht Räte mit Migrationshintergrund direkt gewählt. Gürsel Dogan (CDU) gewann den Wahlkreis Dellviertel-West/Hochfeld-Nord, der 2004 noch an die SPD gegangen war. In Hochfeld haben 66% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, im Dellviertel sind es 42% (inklusive AusländerInnen, die Gebiete sind nicht deckungsgleich mit dem Wahlkreis).³⁰ Die CDU verbesserte sich hier um 4,7%, während sie in der Stadt insgesamt 2,5% verlor und in nur drei der 37 Wahlkreise ihr Ergebnis verbessern konnte (Stadt Duisburg, 2009). Das außergewöhnliche Ergebnis für Dogan legt nahe, dass hier der neue türkeistämmige Kandidat zusätzliche WählerInnen für die CDU mobilisieren konnte.

In drei der vier Wahlkreise, in denen in Moers Einwanderer für die SPD in den Rat gewählt wurden, aber waren deren Stimmenverluste höher als in der Stadt insgesamt (3.6%, 5.4% und 6.3% im Vergleich zu 2,7% in der Stadt). Das SPD-Ergebnis lag in diesen Wahlkreisen allerdings trotzdem über dem in der Stadt insgesamt erreichten Resultat.

Da die hierfür notwendigen Daten nicht vorliegen, ist es schwierig, die Beziehung zwischen der Präsenz von KandidatInnen mit Migrationshintergrund und dem Wahlverhalten der WählerInnen mit Migrationshintergrund genauer zu untersuchen. Bezogen auf die USA hat Matt Baretto (2007: 64) argumentiert, dass "ethnic candidates increase the level of psychological engagement and interest in the election among ethnic voters". Gilt dies auch in Deutschland? Gilt hier, dass Einwanderer sich mit Einwanderern, oder ItalienerInnen mit ItalienerInnen, PolInnen mit PolInnen identifizieren? In welchem Maß ist ein Gruppenbewusstsein auf Basis ethnischer

30 Stadt Duisburg, Einwohner mit Migrationshintergrund 2008, auf Anfrage bereit gestellt, nicht datiert.

Köln, direkt gewählte Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund (2009) und Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund (Stadtteile)



Quelle: Statistisches Amt der Stadt Köln
Fotos: SPD Köln

Identifizierungen oder der gemeinsamen Migrationsgeschichte ein Faktor bei Wahlen? In einer Umfrage, die wir kurz vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen durchführen ließen, fragten wir potentielle WählerInnen mit Migrationshintergrund, ob sie bei den anstehenden Wahlen lieber für KandidatInnen stimmen würden, die ebenfalls einen Migrationshintergrund hatten.³¹ Mehr als 40% der Befragten bejahten dies. Aber wussten die WählerInnen auch, ob es in ihrer Stadt solche KandidatInnen gab? 41% erklärten, es gebe in ihrer Stadt KandidatInnen mit Migrationshintergrund. Tatsächlich aber standen in allen Städten, in denen die Befragung durchgeführt wurde, solche KandidatInnen zu Wahl. Offensichtlich muss deren Existenz noch weiter bekannt werden, damit ihr spezifisches Mobilisierungspotential auch ausgeschöpft werden kann.

Es gibt weitere Hinweise darauf, dass die eingewanderte Bevölkerung politisch noch nicht umfassend in Deutschlands politischem System mobilisiert wird. 47% der von uns Befragten mit Migrationshintergrund erklärten, dass keine Partei in der Stadt ihre politischen Vorstellungen widerspiegle. Von denen, die sich vertreten fühlten, nannten 36% die SPD, 23% die CDU, 20% die Grünen, 7% die FDP und 5% die Linke.³² Besonders bemerkenswert ist hier, dass über die Hälfte der Eingewanderten keine Partei nennen konnte, durch die sie sich vertreten sahen. Wir können nicht präziser abschätzen, in welchem Maß diese geringe Identifikation mit der niedrigen Repräsentanz von Einwandern in den politischen Eliten zusammen hängt, aber es ist nicht unwahrscheinlich, dass eine solche Verbindung existiert.

31 Die repräsentative Umfrage wurde im August 2009 in vier Städten im Auftrag des Max Planck Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften durchgeführt. Es wurden 1026 Personen befragt; etwa die Hälfte waren Deutsche mit Migrationshintergrund und EU-Staatsangehörige, die andere Hälfte Deutsche ohne Migrationshintergrund.

32 Die gängigen Befragungen unmittelbar nach der Wahlentscheidung unterscheiden in Deutschland nicht nach Migrationshintergrund, daher liegen nur wenige Erkenntnisse über das Wahlverhalten von Einwanderern vor. Bei den Kommunalwahlen 2009 führte allerdings die Stadt Dortmund eine Befragung mit 2000 Beteiligten durch, in der EU-Staatsangehörige und eingebürgerte Deutsche unterscheidbar sind. Die Ergebnisse geben Aufschluss über Parteipräferenzen, nicht aber über Reaktionen auf die Kandidatur von Einwanderern. Nach dieser Studie stimmten die MigrantInnen unter den WählerInnen in Dortmund in größerem Maß für die SPD (43% im Vergleich zu den tatsächlich erreichten 38%) und die Linke (10 versus 5,5%) als die WählerInnen insgesamt. Der CDU-Anteil lag mit mehr als 25% nur leicht unter dem tatsächlichen Wahlergebnis von 28,7% (Stadt Dortmund, 2009: 22, 27).

Die Räte mit Migrationshintergrund

Wer sind nun die gewählten Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund? Wie in Tabelle 4 gezeigt wird, sticht zunächst einmal der große Anteil der Türkeistämmigen unter ihnen hervor. Mehr als 40 der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund wurden in der Türkei geboren oder haben Eltern, die aus diesem Land stammen. Nun sind die Türkeistämmigen auch die größte der (nicht deutschen) nationalen Herkunftsgruppen in Nordrhein-Westfalen, allerdings machen sie in der eingewanderten Bevölkerung nur ein Fünftel aus, und unter den wahlberechtigten Einwanderern ist ihr Anteil noch kleiner.

Jeweils vier Ratsmitglieder haben einen italienischen bzw. einen griechischen Hintergrund, stammen also aus Ländern ab, die zu den Hauptherkunftsländern der „Gastarbeiter“ gehören.

Mit 21 Ratsmitgliedern sind die aus einem der aktuellen EU-Staaten stammenden Personen zahlenmäßig stark vertreten. Vor dem Hintergrund ihrer privilegierten rechtlichen Position hätte man allerdings eine noch umfangreichere Repräsentation erwarten können (Die EU-Staatsangehörigen stellen etwa ein Viertel der migrantischen Wählerschaft, hinzu kommen Deutsche mit einem EU-Migrationshintergrund). Allerdings machen die Parteien keine besonderen Anstrengungen, die wahlberechtigten EU-BürgerInnen für sich zu gewinnen.

Nur acht Ratsmitglieder haben osteuropäische Migrationshintergründe – obwohl die aus Osteuropa gekommenen Aussiedler einen sehr großen Anteil der eingewanderten Bevölkerung ausmachen.³³ Eine Rolle mag dabei spielen, dass viele Aussiedler erst in den 1990er nach Deutschland migrierten. Darüber hinaus könnte unter den in den sozialistischen Diktaturen Osteuropas sozialisierten Aussiedlern eine Distanz gegenüber politischem Engagement – auch in Deutschland – verbreitet sein.

Neun Ratsmitglieder haben einen nicht europäischen Migrationshintergrund. Dies sind etwas weniger als man aufgrund des Anteils von Amerikanern, Afrikanern und Asiaten in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens erwarten könnte.³⁴ Da diese Gruppe sehr heterogen ist, sollten wir nicht nach lediglich einer Erklärung ihrer eher

33 Es ist denkbar, dass wir deren Zahl etwas unterschätzen, da im Falle von in Deutschland geborenen Kindern von Aussiedlern Namen keinen Hinweis auf diese familiäre Geschichte geben und Aussiedler sich selbst häufig nicht als Einwanderer darstellen.

34 Nach dem Mikrozensus 2009 leben in NRW etwa 700.000 Menschen, die aus Amerika, Afrika und Asien stammen, das sind 16% der 4,3 Millionen Menschen mit einem genauer spezifizierbaren Migrationshintergrund. Diese Zahlen schließen ausländische Staatsangehörige ein.

geringen politischen Repräsentation suchen. Die Einbürgerungszahlen und Diskriminierungen spielen sicher eine Rolle, daneben könnten eine zum Teil erst kurze Zeit zurückliegende Einwanderung und auch die geringe Größe der einzelnen Herkunftsgruppen relevante Faktoren sein.

Tabelle 4: Nationale Herkunft der Stadträte mit Migrationshintergrund in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens, 2009

Nationaler Hintergrund	Zahl der Ratsmitglieder
Türkei	43
Andere Gastarbeiterländer	13
Griechenland	4
Italien	4
früheres Jugoslawien	3
Spanien	1
Portugal	1
Osteuropa	8
Polen	3
frühere Sowjetunion	2
Bulgarien	2
frühere Tschechoslowakei	1
Andere europäische Staaten	6
Österreich	2
Niederlande	2
Albanien	1
Großbritannien	1
Asien	4
Iran	3
Indien	1
Lateinamerika	3
Argentinien	1
Kolumbien	1
Peru	1
Afrika	2
Kongo	1
Marokko	1

Quelle: MPI-IMCO Database

Am erstaunlichsten hinsichtlich der nationalen Hintergründe der Ratsmitglieder ist insgesamt der sehr große Anteil der Türkeistämmigen. Dies Phänomen ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen und nicht nur auf kommunaler Ebene zu beobachten³⁵, obwohl auf der Ebene der Bundesländer die Türkeistämmigen zahlenmäßig nicht ganz so stark dominieren. Umfassend empirisch gestützte Erklärungen dieses Phänomens liegen noch nicht vor. Wir halten vier Faktoren für einflussreich:

Erstens bestehen unter den Türkeistämmigen die stärksten ethnischen Strukturen aller Einwanderergruppen in Deutschland. Wie etwa Sozialwissenschaftler der Universität Amsterdam argumentiert haben (Tillie, 2004; Vermeulen/Berger, 2008), stellen ethnische Organisationen soziales Kapital dar, das für eine erhöhte Partizipation in den Institutionen und politischen Prozessen der Gesellschaft insgesamt förderlich sein kann. Darüber hinaus bedeutet die Existenz ethnischer Strukturen, dass die Instrumente für eine gezielte Ansprache der Gruppe existieren. Während türkischsprachige Zeitungen überall in Deutschland erhältlich sind und in starkem Maß gelesen werden, ist von den anderen Einwanderersprachen nur das Russische noch in relevantem Maß mit eigenen Medien vertreten (vgl. Geißler/Pöttker, 2005).

Zweitens sind die Türkeistämmigen in Deutschland eine stark politisierte Gruppe, und das Potential politisch handlungsbereiter Menschen könnte deshalb unter ihnen größer und leichter mobilisierbar sein als unter anderen Herkunftsgruppen.

Drittens nehmen wir an, dass die Benachteiligung der türkeistämmigen Bevölkerung und die Erfahrung der Diskriminierung eine stärkere Motivation zur politischen Aktivität darstellt als die Lage und Erfahrungen besser gestellter MigrantInnen. Zudem könnte für Menschen, für die andere Karrieren schwer zugänglich sind, die politische Karriere attraktiver sein als für diejenigen, denen mehrere Optionen offen stehen (vgl. entsprechend Togeby, 2008: 340; Lee, 2008).

Und nicht zuletzt könnten die Parteien besonders daran interessiert sein, türkeistämmige KandidatInnen aufzustellen, weil sie den Türkeistämmigen ein besonders starkes Gruppenbewusstsein zuschreiben und annehmen, dass gerade unter DeutschtürkInnen die Identifikation mit „einem der ihren“ ein relevanter Faktor in ihrer Wahlentscheidung ist. Vielleicht überschätzen sie unter dem Einfluss einer auf die Türkeistämmigen fokussierten öffentlichen Debatte auch den relativen Anteil der türkeistämmigen Wahlberechtigten.

35 Auch in Dänemark sind die Türkeistämmigen stark vertreten. 2001 hatte etwa die Hälfte der Angehörigen ethnischer Minderheiten (nicht aller Einwanderer) in den kommunalen Vertretungen einen türkischen Hintergrund (Togeby, 2008: 336). Auch in Niederlanden gibt es, wie Laure Michon (2010) zeigen kann, eine große Zahl von Türkeistämmigen unter den Ratsmitgliedern.

Betrachtet man die Zusammensetzung der lokalen politischen Eliten mit Migrationshintergrund, dann überrascht nicht nur der große Anteil der Türkeistämmigen: Überraschend ist auch, wie hoch hier der Anteil der Frauen ist. 37 der 79 im Jahr 2009 in den Großstädten Nordrhein-Westfalens gewählten Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund waren Frauen. Ihr Anteil ist mit 47% höher als generell in den Räten deutscher Großstädte.³⁶ In den Niederlanden hat Laure Michon (2010) eine ähnliche Tendenz festgestellt. Hier sind 35% der migrantischen Ratsmitglieder Frauen, während es unter allen Ratsmitgliedern nur 26% sind. Bezogen auf Norwegen ist die Hypothese vorgetragen worden, dass die Selektionspolitik der Parteien für den relativ hohen Frauenanteil unter den Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund verantwortlich ist (Bergh/Bjorklund, 2011: 135). Ob dies auch in Deutschland der entscheidende Faktor ist, oder z. B. auch eine besondere Motivation der Frauen hinzu kommt, bleibt weiter zu untersuchen.

Bemerkenswert ist schließlich auch die Verteilung nach Einwanderer-Generationen. 56 Ratsmitglieder, also zwei Drittel der Einwanderer unter ihnen, wurden in anderen Ländern als Deutschland geboren.³⁷ Dies entspricht in etwa dem Anteil der Primäreinwanderer in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Bemerkenswert ist dabei, dass die politische Partizipation auf lokaler Ebene offenbar keinen Anpassungsprozess über Generationen erfordert. Da in Frankreich und den Niederlanden Ähnliches beobachtet wurde (Michon, 2011: 90), sollten wir Annahmen über transnationale politische Sozialisationsprozesse überdenken.

V. Schlussbemerkungen

Die Präsenz von Einwanderern im politischen Leben Deutschlands, in diesem Fall auf kommunaler Ebene, ist zu einer politischen Realität geworden. Die Zahl der KommunalpolitikerInnen mit Migrationshintergrund steigt an. In den Großstädten Nordrhein-Westfalens liegt das Niveau der „deskriptiven“ Repräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei etwa 4% der Ratssitze. Dies entspricht in etwa dem für England im Jahr 2006 festgestellten Niveau, wo 4,1% der Ratsmitglieder den

36 In Großstädten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen lag ihr Anteil 2008 bei 33%, vgl. Holtkamp/Wiechmann/Pfetzinger, 2010: 8.

37 Es könnte sein, dass wir den Anteil der zweiten Generation etwas unterschätzen, da deren Angehörige schwerer zu identifizieren sind.

ethnischen Minderheiten angehörten (House of Commons Library, 2008: 8). Allerdings sollten wir bei einem solchen Vergleich in Rechnung stellen, dass unsere Studie nur die Großstädte einbezogen hat, wo das Repräsentationsniveau höher liegen dürfte als in kleineren Städten. Hinzu kommt, dass das Konzept des Migrationshintergrundes nicht identisch ist mit dem britischen Konzept der ethnischen Minderheiten. Zahlen zur Repräsentation der Einwanderer sind für England nicht verfügbar. Vermutlich zeigt dieser Vergleich also die deutsche Situation in einem zu positiven Licht.

In den Niederlanden identifizierte eine Untersuchung für das Jahr 2006 302 Ratsmitglieder ausländischer Herkunft, was einem Anteil von 3% aller Ratsmitglieder entspricht (Michon/Tillie/van Helsum, 2007). Wie in unserer Studie sind die migran-tischen Ratsmitglieder hier Einwanderer der ersten und zweiten Generation. Allerdings sind auch in diesem Fall die Ergebnisse nicht direkt vergleichbar, da die niederländische Studie alle Gemeinden einbezieht und nicht nur die Großstädte.

Die lokale politische Repräsentation der Einwanderer ist in Nordrhein-Westfalen von 2004 bis 2009 angestiegen. Dies war als Effekt der Staatsangehörigkeitsreform und des Anwachsens einer eingewanderten Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit und Wahlrecht zu erwarten. Da unsere Analyse nur zwei Wahlen vergleicht und die Situation in den einzelnen Städten stark variiert, können wir aber noch nicht von einem stabilen Wachstumstrend ausgehen. Darüber hinaus gilt es festzuhalten, dass diese deutschen Städte von einem Repräsentationsniveau, das der Größe der eingewanderten Bevölkerungsgruppe entsprechen würde, noch weit entfernt sind.

Im Vergleich mit der Bundesländer- und der nationalen Ebene (2.1% bzw. 3.2% im Jahr 2009, eigene Berechnungen) liegt der Anteil, den die Einwanderer an allen Sitzen in den Räten bzw. Parlamenten inne haben, auf der kommunalen Ebene etwas höher. Die festgestellte Differenz sollte aber nicht vorschnell als Beleg dafür interpretiert werden, dass sich die politische Inkorporation der Einwanderer auf der lokalen Ebene schneller vollzieht als auf der überregionalen. Stellt man den höheren Bevölkerungsanteil der Einwanderer in den Großstädten und die Beteiligung der EU-Staatsangehörigen an Kommunalwahlen in Rechnung, dann entspricht ein höheres Repräsentationsniveau in den Großstädten dem Erwartbaren (bei Bundestagswahlen ist der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund auf 9% geschätzt worden, während er in den hier analysierten Städten bei der Kommunalwahl zwischen 7 und 26% lag).

Da wir zwischen den Städten erhebliche Unterschiede feststellten, spielen lokale Bedingungen offenbar eine nicht unwesentliche Rolle für die Entwicklung der politi-

schen Repräsentation von Einwanderern. Für sich genommen erklären sozio-demographische Faktoren die festgestellten Differenzen nicht. Qualitative Studien sollten die spezifische Interaktion struktureller Bedingungen, sozialer Strukturen und politischer Faktoren, die vermutlich unterschiedlichen Graden der Mobilisierung und der Offenheit bzw. Schließung gegenüber politisch ambitionierten Einwanderern zugrunde liegt, weiter nachgehen.

Weitere Forschungen brauchen wir auch, um feststellen zu können, ob und wie die spezifischen institutionellen Züge des Wahlsystems in Nordrhein-Westfalen die Chancen von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund beeinflussen. Die in der vorliegenden Studie präsentierten Ergebnisse sind Teil eines umfangreicheren Projekts, das vergleichbare Ergebnisse für alle Großstädte in Deutschland und für alle Bundesländer mit ihren unterschiedlichen kommunalen Wahlsystemen hervorbringen wird.

Die große Zahl türkeistämmiger Ratsmitglieder werten wir als Beleg dafür, dass ethnische Gemeinschaftsstrukturen (wie das Vorhandensein eigener Medien) eine Rolle spielen bei der Entstehung eines Potentials politisch engagierter Menschen, die bereit sind bei Wahlen anzutreten. Gleichzeitig widerlegt dieses Phänomen Behauptungen, die Türkeistämmigen seien nicht zum Engagement in der deutschen Gesellschaft bereit.

Anders als in europäischen Nachbarstaaten erfolgt in Deutschland der Zugang von Einwanderern zu den Strukturen politischer Macht nicht im Wesentlichen über die Sozialdemokratie. Während z. B. in Dänemark im Jahr 2001 60% der kommunalen Räte der sozialdemokratischen Partei angehörten (Togeby, 2008: 334), sind in Deutschland die Linke und die Grünen besonders wichtig. Zusammen genommen brachten sie fast genauso viele Einwanderer in die Räte wie die SPD – obwohl sie eine deutlich geringere Zahl an Sitzen erhielten.

Zukünftige Forschungen werden ein breiteres Bild der politischen Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung in Deutschland zeichnen. Im Hinblick auf deren Triebkräfte wären insbesondere erweiterte Kenntnisse über die AktivistInnen und WählerInnen mit Migrationshintergrund als auch über die politischen Faktoren, die die politische Repräsentation der MigrantInnen fördern bzw. hemmen, wünschenswert. Darüber hinaus könnten systematische international vergleichende Studien dazu beitragen, die Einfluss nehmenden Faktoren herauszuarbeiten und die Bedingungen, die für eine gleiche Repräsentation unterschiedlicher Gruppen der Bevölkerung förderlich sind, besser zu verstehen.

Literaturverzeichnis

- BARRETO, MATT A. 2007 'The role of Latino candidates in mobilizing Latino voters', in Rodolfo Espino, David L. Leal and Kenneth J. Meier (Hg.), *Latino politics: identity, mobilization and representation*, Charlottesville: University of Virginia Press, S. 63-89
- BERGH, JOHANNES und BJORKLUND, TOR 2011 'Minority representation in Norway. Success at the local level; failure at the national level', in Karen Bird, Thomas Saalfeld und Andreas Wüst (Hg.), *The Political Representation of Immigrants and Minorities: Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*, London: Routledge, S. 128-144
- BOVERMANN, RAINER 2002 'Kommunales Wahlverhalten zwischen Partei-, Themen- und Kandidatenorientierung', in Uwe Andersen und Rainer Bovermann (Hg.), *Im Westen was Neues. Kommunalwahl 1999 in NRW*, Opladen: Leske und Budrich, S. 115-159
- DEUTSCHES JUGENDINSTITUT (DJI) und STATISTISCHES BUNDESAMT 2005 *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Fassung*, München
- GEIBLER, RAINER and PÖTTKER, HORST (Hg.) 2005 *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie*, Münster
- GEHNE, DAVID und HOLTKAMP, LARS 2002 'Wahlkampf: Nicht ohne meine Partei?' in Uwe Andersen und Rainer Bovermann (Hg.), *Im Westen was Neues. Kommunalwahl 1999 in NRW*, Opladen: Leske und Budrich, S. 89-113
- GREEN, SIMON 2006 'Zwischen Kontinuität und Wandel: Migrations- und Staatsangehörigkeitspolitik', in Manfred Schmidt und Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 113-134
- HENNL, ANNIKA und KAISER, ANDRÉ 2008 'Ticket-balancing in Mixed-Member Proportional Systems. Comparing Subnational Elections in Germany', *Electoral Studies*, Jg. 27, no. 2, S. 321-36
- HOLTKAMP, LARS 2007 *Erneuerung der Parteien „von unten“? Zum Verhältnis von Lokalparteien und Kartellpartei*, Vortrag bei der Jahrestagung des Arbeitskreises „Parteienforschung“ der DVPW am 4./5. Oktober 2007
- 2008 *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie*. Wiesbaden
- HOLTKAMP, LARS und ELKE WIECHMANN und JAN PFETZING 2010 *Zweites Genderranking deutscher Großstädte*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung/FernUniversität Hagen.
- HOUSE OF COMMONS LIBRARY 2008 *Ethnic Minorities in Politics, Government and Public Life*, London
- INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN (IT.NRW) 2009 *Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 2009*, Düsseldorf
- INNENMINISTERIUM DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (IM NRW) 2009 *Kommunalwahlen 2009. Endgültige Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf
- IRELAND, PATRICK 2004 *Becoming Europe. Immigration, Integration, and the Welfare State*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press
- JONES-CORREA, MICHAEL 2001 'Introduction. Comparative approaches to changing interethnic relations in cities', in Michael Jones-Correa (Hg.) *Governing American Cities*, New York: Russell Sage Foundation, S. 1-14

- KORTE, KARL-RUDOLF 2009 *Wahlen in NRW: Kommunalwahl – Landtagswahl – Bundestagswahl – Europawahl*, Schwalbach: Wochenschau-Verlag
- KRUMMACHER, MICHAEL und KULLBACH, RODERICH 2009 ‘Interkulturelles Konzept Stadt Essen: Umsetzung, Erfahrungen und Anregungen zur Übertragung’, in Frank Gesemann und Roland Roth (Hg.), *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 195-215
- LEE, TAEKU 2008 ‘Race, Immigration, and the Identity-to-Politics Link’, *Annual Review of Political Science*, Jg. 11, S. 457-478
- MICHON, LAURE 2010 ‘Non-Western immigrant political incorporation in the Netherlands and in France’, unveröff. Manuskript für den Workshop “Immigrant Political Incorporation in Europe” des Max Planck Instituts zur Erforschung multiethnischer und multireligiöser Gesellschaften und der Universität Amsterdam
- 2011 *Ethnic Minorities in Local Politics. Comparing Amsterdam and Paris*, PhD thesis, University of Amsterdam (erscheint demnächst)
- MICHON, LAURE, TILLIE, JEAN und van HELSUM, ANNA 2007 ‘Political participation of migrants in the Netherlands since 1986’ unveröff. Manuskript, Institute for Migration and Ethnic Studies, University of Amsterdam
- MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MGFFI) 2007 *Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen*, Düsseldorf
- 2008 *Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen*. 1. Integrationsbericht der Landesregierung, Düsseldorf
- 2009 *Zuwanderungsstatistik Nordrhein-Westfalen 2008*, Düsseldorf
- NORRIS, PIPPA 2004 *Electoral engineering: voting rules and political behavior*, Cambridge: Cambridge University Press
- 2006 ‘The Impact of Electoral Reform on Women’s Representation’, in: *Acta Politica*, Jg. 41 no. 2, S. 197-213
- PÄHLE, KATJA 2008 ‘Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Eine Herausforderung für die Legitimation lokaler Mandatsträger?’ in Hubert Heinelt und Angelika Vetter (Hg.) *Lokale Politikforschung heute*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 249-269
- PAXTON, PAMELA, KUNOVICH, SHERI and MELANIE M. HUGHES 2007 ‘Gender in Politics’, *Annual Review of Sociology*, Jg. 33, S. 263-284
- ROTH, ROLAND 2009 ‘Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement’, in Frank Gesemann und Roland Roth (Hg.), *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 195-215
- SAUER, MARTINA 2009 *Teilhabe und Orientierungen türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zehnten Mehrthemenbefragung 2009*, Essen: Zentrum für Türkeistudien
- SCHOEN, HARALD und FALTER, JÜRGEN 2005 ‘Die Linkspartei und ihre Wähler’ *Aus Politik und Zeitgeschichte*, no. 51-52, S. 33-40
- SCHÖNWÄLDER, KAREN 2009 ‘Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure’, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 50, no. 4, S. 832-849

- 2010 'Einwanderer in Räten und Parlamenten', *Aus Politik und Zeitgeschichte*, no. 46-47, S. 29-35
- SCHÖNWÄLDER, KAREN und SÖHN, JANINA 2009, 'Immigrant Settlement Structures in Germany: General Patterns and Urban Levels of Concentration of Major Groups' *Urban Studies*, Jg. 46, no. 7, S. 1439-1460
- SPD DUISBURG 2009, Interview mit Karen Schönwälder am 28 Juli 2009, Duisburg
- STADT DORTMUND, FACHBEREICH STATISTIK 2009 *Kommunalwahlen am 30.08.2009. Abschlussbericht auf Basis der endgültigen Ergebnisse*, Dortmund
- STADT DUISBURG, AMT FÜR STATISTIK, STADTFORSCHUNG UND EUROPA-ANGELEGENHEITEN 2009 *Kommunalwahl 2009. Erste Analysen der Ergebnisse in Duisburg*, Duisburg
- STADT KÖLN 2008 *Kölner Statistische Nachrichten 1/2008, Statistisches Jahrbuch 2007*, 86. Jahrgang, Köln
- 2009 *Die Kölner Stadtteile in Zahlen 2009*, 1. Jahrgang, Köln
- STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN 2004 *Mitteilung 531/2004*, Jahrgang 57, Düsseldorf
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2010 *Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2009*, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden
- TILLIE, JEAN 2004 'Social Capital of Organisations and their Members. Explaining the Political Integration of Immigrants in Amsterdam', in *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 30, no. 3, S. 529-541
- TOGEBY, LISE 2008 'The Political representation of ethnic minorities. Denmark as a deviant case', *Party Politics*, Jg. 14, S. 325-343
- TROUNSTINE, JESSICA und VALDINI, MELODY ELLIS 2008 'The Context Matters: The Effects of Single Member vs. At-Large Districts on City Council Diversity', *American Journal of Political Science*, vol. 52, no. 3, S. 554-569
- TSALASTRAS, APOSTOLOS 2009, Interview mit Karen Schönwälder am 28. Juli 2009, Oberhausen
- VERMEULEN, FLORIS und BERGER, MARIA 2008 'Civic networks and political behavior: Turks in Amsterdam and Berlin', in S. Karthick Ramakrishnan und Irene Bloemraad (Hg.), *Civic hopes and political realities: Immigrants, community organizations, and political engagement*, New York: Russell Sage Foundation, S. 160-192
- WORBS, SUSANNE 2008 *Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland* Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
- WITT, PAUL, KRAUSE, CHRISTINA und RITTER, ADRIAN 2009 *Wer sind die Gemeinderäte in Baden-Württemberg?* Kehl: Hochschule für öffentliche Verwaltung
- WOLLMANN, HELLMUT 1999 'Kommunalvertretungen: Verwaltungsorgane oder Parlamente', in Hellmut Wollmann und Roland Roth (Hg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, 2. Auflage, Opladen: Leske und Budrich, S. 50-66
- WOYKE, WICHARD 2005 *Stichwort: Wahlen*, 11. Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag
- WÜST, ANDREAS M. 2002 *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*, Opladen: VS-Verlag.
- WÜST, ANDREAS und HEINZ, DOMINIC 2009 'Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland', in Markus Linden und Winfried Thaa (Hg.), *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*, Baden-Baden: Nomos, S. 201-218